

Wöchentlich 30 Bl., monatlich 3,00 M. im Voraus zahlbar. Postbezug 4,22 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbescheinigungen. Kundenabonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertage einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Mittwöchliche Beilage“, „Voll und Joll“ und „Kinderfreund“, „Fremd-Unterhaltung und Witz“, „Frauenstimme“, „Schul“, „Witz“ in die „Schülerzeitung“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
18. März 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzipierung des 12. März, 1929, Reichs- und Reichs-... (text continues)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536. — Bankkonten: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Dir. -Gel. Postfach 110 Berlin 1.

Wirtschaftsfrieden mit Polen.

Nach fünfjährigem Zollkrieg in Warschau unterzeichnet.

Warschau, 17. März. (Eigenbericht.)

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ist gestern um 18.30 Uhr in den Räumen des polnischen Ministerpräsidenten vom deutschen Bevollmächtigten, Gesandten Kaufher, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Inwardowski, unterzeichnet worden. Nach der Unterzeichnung wurden die beiden Bevollmächtigten vom polnischen Ministerpräsidenten in Audienz empfangen, der ihnen seine Befriedigung über den Abschluß aussprach und die große Bedeutung des Aktes für die Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen betonte.

Die gestern in Warschau erfolgte Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages bedeutet das Ende eines fast fünf Jahre anhaltenden Wirtschaftskrieges zwischen den beiden Ländern. Seit dem Sommer 1925 waren die normalen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen gerissen, der durch die Natur gegebene enge Güterausgleich der beiden Länder wurde seitdem durch besondere Kampfmaßnahmen, wie Strafzölle, Ein- und Ausfuhrverbote künstlich gedreht.

Die Beilegung dieses Wirtschaftskonfliktes mit einem unserer größten Nachbarstaaten wurde jahrelang nicht nur von mächtigen Interessentengruppen diesseits und jenseits der Grenze abgelehnt, sondern zugleich auch durch politische Hemmnisse erschwert. Unbedingte Gegner des Vertrages waren auf deutscher Seite die landwirtschaftlichen Interessenten sowie der schlesische Kohlenbergbau, während sich auf polnischer Seite besonders die Unternehmer der jungen, künstlich hochgezüchteten polnischen Fertigungsindustrie gegen einen Abbruch des Handelskrieges mit Deutschland stemmten. Andererseits war die polnische Minderheitenpolitik, besonders die Fortsetzung der Liquidation deutschen Eigentums und die Enteignung deutscher Bauern für eine erfolgreiche Beendigung der laufenden Wirtschaftsverhandlungen äußerst störend.

Durch den Abschluß des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens vom 31. Oktober v. J., um dessen Annahme erst in den letzten Tagen ein erbitterter Kampf im Reichstage ausgefochten wurde, werden ernste Hindernisse, die dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Polen noch entgegenstanden, beseitigt. Es war daher nur noch eine Frage der Zeit, daß dem Abschluß des Liquidationsabkommens auch die endgültige wirtschaftliche Verständigung mit Polen folgen mußte. Allerdings blieben noch schwerwiegende wirtschaftspolitische Fragen zu lösen, die an das Geschick des deutschen Verhandlungsleiters, des Warschauer Gesandten Ulrich Kaufher, hohe Anforderungen stellten. Deutschlands Stand in diesen Verhandlungen war insofern besonders schwierig, als es einmal vor der Aufgabe stand, seinen Exportindustrien den polnischen Markt zu öffnen, ohne auf der anderen Seite entscheidende Interessen der in schwieriger Lage befindlichen deutschen Landwirtschaft preiszugeben. Dazu kam, daß Polen auf Biegen oder Brechen seine Forderung auf ein jährliches Kohleneinfuhrkontingent nach Deutschland aufrechterhielt, die bei dem Konjunkturrückgang der letzten Monate für den deutschen Bergbau und besonders die Bergarbeiter erschwerend ins Gewicht fallen mußte.

Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Kriegeszustandes war für beide Länder unerträglich. Beiden Ländern hat der Wirtschaftskrieg mit seinen zollpolitischen Schikanen schwere Verluste gebracht. Auf deutscher Seite bekam aber in allererster Linie Ostdeutschland, dessen Wirtschaft durch die Grenzschließung bereits schwer geschädigt war, die Nachschläge zu spüren. Die stärksten Anhänger einer raschen deutsch-polnischen Verständigung waren daher die Gewerkschaften, Unternehmer und kommunalen Vertreter Ostdeutschlands, die auf die von Jahr zu Jahr sich steigenden Schwierigkeiten, wachsende Arbeitslosigkeit infolge des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges hinwiesen.

Die Grundlage des jetzt abgeschlossenen Vertrages bildet die gegenseitige Meistbegünstigung. Deutschland und Polen gestehen sich also gegenseitig alle Zollermäßigungen zu, die sie irgendeinem anderen Lande bereits gewährt haben oder künftig noch zugestehen werden. Einen viel umstrittenen Punkt bildete bei den Verhandlungen das den Polen jährlich zugestehende Schweinekontingent. Nach dem Vertrage wird Polen im ersten Jahr ein Kontingent von 200 000 Stück zugewilligt, das sich im folgenden Jahr auf 275 000 erhöht, um schließlich nach fünf Jahren die

Höchstgrenze mit einer Stückzahl von 350 000 Schweinen zu erreichen. Es ist als ein Erfolg der deutschen Unterhändler anzusehen, daß es ihnen gelungen ist, die jährlich nach Deutschland kommenden Schweine vom offenen Markt fernzuhalten. Die polnische Schweineausfuhr wird ausschließlich über die Seegrenz-Schlachthäuser geführt werden, und das in diesen Schlachthäusern geschlachtete Vieh gelangt nur an einen bestimmten Abnehmerkreis des Inlandes, in erster Linie die Fleischfabriken, nicht aber an die großen Fleischmärkte, an denen die Schweinefleischpreise notiert werden. Von einer Ueberflutung der deutschen Märkte mit polnischen Schweinen und dem entsprechend drohenden Preisverbrüchen kann also nicht die Rede sein.

Eine wirksame Ergänzung des jetzigen Wirtschaftsvertrages der beiden Länder ist das bereits früher abgeschlossene Roggenabkommen, das die polnische Roggeneinfuhr nach Deutschland vorläufig regelt und die Schleuderkonkurrenz von deutschem und polnischem Roggen auf ausländischen Märkten endgültig beseitigen will. Die für die deutsche Landwirtschaft wichtigen Fragen der Schweineeinfuhr und der polnischen Roggenkonkurrenz sind also in einer Weise gelöst worden, die Polen zufriedenstellt, ohne die deutschen Agrarinteressen zu gefährden. Daß in dem jetzigen Vertrag nur die gegenseitige Meistbegünstigung festgelegt wurde und noch keine Vertragszölle festgesetzt wurden, ist zwar eine Unvollkommenheit, ändert aber nicht die Tatsache des großen endlich erzielten Fortschritts.

Das den Polen zugestandene monatliche Einfuhrkontingent von 320 000 Tonnen Steinkohle stellt ganz zweifellos eine unangenehme Belastung des heimischen Kohlenmarktes dar, und zwar um so mehr, als die Zurechnung der deutschen Kohleneinfuhr nach Polen auf das Kontingent nicht verhindert werden konnte. Durch organisatorische Maßnahmen wird es aber wohl gelingen, einer einseitigen Belastung des schlesischen Bergbaus, dessen Arbeiterschaft am stärksten bedroht erscheint, gegenüber den anderen deutschen Revieren vorzubeugen.

Deutschland erwartet von dem Zugeständnis der Meistbegünstigung von dem Vertrage einen kräftigen Aufschwung seines Exports nach Polen. Der polnische Staat hat mit Frankreich und der Tschechoslowakei Tarifverträge abgeschlossen, deren Zollkontingenzen nunmehr auch der deutschen Industrie zugute kommen. Mit der Ratifizierung des Vertrages tritt Deutschland automatisch den den Genuss aller von Polen zugestandenen Zollermäßigungen, die sich auf etwa 450 Warengruppen erstrecken. Damit ist ein wesentlicher Abbau der hohen polnischen Zollmauern für Deutschland durchgeführt worden.

Besentlich sind auch die Konzessionen, die für die deutschen Reedereien, in erster Linie die Hapag und den Norddeutschen Lloyd, für den polnischen Auswandererverkehr zugestanden wurden. Bei der Bedeutung, die die osteuropäischen Auswanderer von jeher für die deutschen Reedereien gehabt hat, wird durch diese Konzession den Hamburger und Bremer Schiffahrtsgesellschaften ein neues großes Arbeitsgebiet erschlossen. Um diese reinen Handels- und Schiffahrtsabkommen gliedern sich sodann noch Bestimmungen, die die Einreise-, Aufenthalt- und Niederlassungsfragen regeln. Zwar sind die Zugeständnisse, die hier von polnischer Seite gemacht wurden, noch sehr begrenzt, doch liegt es auf der Hand, daß diese noch nicht befriedigend gelösten Fragen bei guter Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen in einem für Deutschland günstigen Sinne ausgebaut werden können.

Wie jeder Gegenseitigkeitsvertrag hat auch der deutsch-polnische Handelsvertrag seine Schattenseiten. Die Deutschland belastenden Punkte fallen aber gegenüber dem entscheidenden Fortschritt nicht ins Gewicht, der dadurch erzielt ist, daß endlich mit dem wirtschaftlichen Kampfzustand zwischen Deutschland und Polen ein Ende gemacht ist.

Zwanzig neue Abkommen.

Warschau, 17. März. (Eigenbericht.)

Der deutsch-polnische Handelsvertrag stellt ein sehr umfangreiches Werk dar und enthält über zwanzig neue Abkommen. Durch die grundsätzliche Meistbegünstigung sind für die deutsche Ausfuhr mehrere hundert Positionen des polnischen Zolltarifes stark herabgesetzt. Außerdem werden alle besonderen polnischen Einfuhrverbote aufgehoben. Von den allgemeinen polnischen Einfuhrverboten erhält Deutschland für eine ganze Reihe von Waren bedeutende Einfuhrkontingente zugestanden.

Der Vertrag ist auf ein Jahr abgeschlossen, doch sind Sonderkündigungsrechte vorgesehen für Polen, wenn kein Schweinekontingent nicht voll abgesetzt wird, und für Deutschland im Falle einer Unterbietung der deutschen Kohlenpreise durch Polen sowie im Falle einer Einführung von sogenannten Einfuhrsteuern durch Polen. Das beiderseitige Niederlassungsrecht gewährleistet vollkommenen Schutz des deutschen Arbeitsmarktes. Es erhalten nämlich nur qualifizierte Kräfte das Niederlassungsrecht, was Deutschland mehr zugute kommt als Polen. Sämtliche Vergünstigungen des Vertrages treten erst nach der Ratifizierung durch die beiderseitigen Parlamente in Kraft.

Finanzberatungen weitergeführt.

Aber noch lange nicht beendet.

In den Beratungen der Regierungsparteien über die Finanzfragen spielte am Montag die Arbeitslosenversicherung die Hauptrolle. Von der Deutschen Volkspartei wird nach wie vor der Versuch gemacht, die von der Regierung vorgeschlagene Beitragserhöhung zu verhindern, um dadurch den Abbau der Leistungen zu erzwingen. Die Beratungen nahmen einen sehr schleppenden Verlauf, da die Deutsche Volkspartei angesichts ihres Parteitag, der Ende dieser Woche in Mannheim stattfindet, jede vorherige Festlegung auf die Vorlagen der Reichsregierung ablehnt. Infolgedessen werden die Beratungen erst im Laufe der nächsten Woche in ein entscheidendes Stadium treten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Montag mit dem Stand der Finanzverhandlungen, insbesondere mit den Vorschlägen der Deutschen Volkspartei zur anderweitigen Regelung der Arbeitslosenversicherung. Sie billigte den ablehnenden Standpunkt ihrer Unterhändler.

Die vom Reichsrat herabgeschickten Steuerentwürfe sind am Montag dem Reichstag zugegangen. Es handelt sich

um vier Gesetzentwürfe: die Erhöhung der Biersteuer, das Mineralwassersteuergesetz, die Zollerhöhungen für Benzin und Benzol und die Vorverlegung der Termine bei der Zuckersteuer und Tabaksteuer.

Die Young-Ratifizierung.

Der Quai d'Orsay drängt den Senat.

Paris, 17. März.

Der Generalsekretär am Quai d'Orsay Philippe Berthelot hat an den Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Victor Bérard, folgendes Schreiben geschrieben:

„Bekanntlich hat das deutsche Parlament die im Haag zur endgültigen Regelung der durch den Krieg entstandenen finanziellen Fragen getroffenen Abkommen gebilligt und der Reichspräsident hat sie ratifiziert. Es wäre nun vorteilhaft, die Billigung des französischen Parlaments in möglichst kurzer Frist zu erzielen. Die Regierung gedenkt infolgedessen die Ratifizierung der Gesetzentwürfe im Laufe der kommenden Woche einzubringen. Sie wäre dem Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten dankbar, wenn er durch schnelle Wahl des Berichterstatters und möglichst rasche Durchprüfung der Texte alle geeigneten Vorkehrungen treffen würde, um die unverzügliche Diskussion der Haager Abkommen zu erlauben.“

Reichswehr und Rußland.

Frauen an Groener.

Der Herausgeber der „Welt am Montag“, v. Gerlach, hat auf den Brief des Reichswehrministers an ihn mit einem offenen Brief geantwortet, in dem es heißt:

„Sie bestreiten persönliche Beziehungen des Generals von Scheitler zu Nicolai. Daraus habe ich nie gesprochen, sondern nur von einer Ideengemeinschaft zwischen beiden. Würden Sie übrigens auch in der Lage sein, persönliche Beziehungen zwischen dem Oberst von Bredow und Herrn Nicolai zu bestreiten?“

Warum hat das Reichswehrministerium nie auf meine Frage über sein Verhältnis zu den Missionen der Generale a. D. Thomsen und Budwig noch Rußland Stellung genommen?

Ist es richtig, daß Oberst Rühlenthal, der Leiter der Heeresstatistischen Abteilung, kürzlich einen Urlaub nach Rußland angetreten hat?

Sind Sie nicht auch der Meinung, daß die Reisen des Generals von Hammerstein nach Rußland Aufsehen erregen müssen? Herr von Hammerstein als Chef des Truppenamts nimmt doch schließlich einen denkbar exponierten Posten ein.

Können Sie sich wundern, wenn das Ausland es auffällig findet, daß der russische Militärbevollmächtigte General Kork, zu deutschen Randoern eingeladen wird, an denen die Militärattachés anderer großer Mächte nicht teilnehmen dürfen?

Muß es Sie nicht stutzig machen, daß in ganz ähnlichem Sinne wie ich drei so verschiedene Organe wie das „Reichsbanner“ (Nr. vom 15. März), der „Jungdeutsche“ (Nr. vom 13. März) und der „Sokal-Anzeiger“ (Nr. vom 9. März) über Nicolai, Reichswehr und Rußland schreiben?“

Antwort an Gerlach.

Auf diese Fragen Gerlachs erteilt das Reichswehrministerium folgende Antwort:

1. Die gesamten Beziehungen zwischen Oberstleutnant von Bredow und Oberst a. D. Nicolai bestehen darin, daß Oberst Nicolai im Jahre 1929 zweimal Anfragen nach Mitgliedschaft seiner früheren Abteilung gestellt hat, die der Oberstleutnant von Bredow als zuständiger Abteilungschef beantwortet hat.

2. Weder Oberst a. D. Thomsen noch General a. D. Budwig haben Aufträge vom Reichswehrministerium erhalten. Von Oberst a. D. Thomsen ist hier bekannt, daß er seit Jahren schwer krank und fast erblindet in Schleswig-Holstein lebt.

3. Es ist nicht richtig, daß Oberst Rühlenthal kürzlich einen Urlaub nach Rußland angetreten hat.

4. Die angeblichen Reisen des Generals von Hammerstein nach Rußland können schon deshalb kein Aufsehen erregen, weil General von Hammerstein nur ein einziges Mal im Jahre 1929 in Rußland gewesen ist, um dort in Erwidierung von Besuchen russischer Offiziere Truppenübungen beizuwohnen.

5. Der russische Militärbevollmächtigte Kork hat nur an Randoern teilgenommen, zu denen auch verschiedene Vertreter anderer Mächte hinzugezogen worden sind. General Kork hat Deutschland übrigens schon vor 1 1/2 Jahren verlassen.

Sakenkreuz und Reichswehr.

Die Hausdurchsuchung in München.

München, 17. März. (Eigenbericht.)

Zur Durchführung der am Sonnabend in München erfolgten Hausdurchsuchungen bei führenden Nationalsozialisten war der Untersuchungsrichter, Senatspräsident Braune, persönlich nach München gekommen. Das von ihm eingeleitete Verfahren bezieht sich auf „Vorbereitung zum Hochverrat“ und richtet sich gegen den früheren Reichswehroberleutnant Wendi und den aktiven Leutnant Scharinger und Genossen. Bei den Hausdurchsuchungen wurden auch die verschlossenen Schreibische der nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer und Wagner von den Polizeibeamten gewaltsam geöffnet. Beschlagnahmt wurden einige Akten, ein Journal der obersten St.-W. Zeitung und eine Personalkarte hiesiger Unterführer, die aktive Offiziere des österreichischen Bundesheeres sind.

Aus Münzenbergs Reich.

Stützungsaktion für eine faule Gründung.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Willi Münzenberg hat vor einigen Tagen einen Befehl an seine sämtlichen Untergebenen gerichtet, am nächsten Sonntag zu einer Werbeaktion für die Zeitung „Berlin am Morgen“ anzutreten. Der Befehl, der für die Methoden des Münzenberg-Konzerns charakteristisch ist, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 12. März 1930.

An die Mitarbeiter und Angestellten der VSA. — Zentralkomitee — Reichssekretariat — Berliner Büro. Befehlshaber und Mitarbeiter der „Berlin am Morgen“, „Welt am Abend“, Prometheus, Welt-Film, Neuer Deutscher Verlag, Univerfilm, Freunde der U.S.S.R., Liga gegen koloniale Unterdrückung.

Werte Genossen! Wir haben durch Indiskretion eines sozialdemokratischen Vertrauensmannes erstauschlicherweise noch Reminis bekommen von einer großen Aktion, die eine sozialdemokratische Gruppe mit Hintermännern gegen die „Berlin am Morgen“ plant.

Um diese Aktion, die sich zum Ziel gesetzt hat, die „Berlin am Morgen“ zu vernichten, abzuwehren, haben wir uns neben andere Kampagnen entschlossen, eine große außerordentliche Werbeaktion für die „Berlin am Morgen“ durchzuführen, und zwar soll die Kampagne am Sonntag, dem 23. März, durchgeführt werden.

In diesem Tag soll eine große Anzahl Arbeiter — besonders die Leser der „Welt am Abend“ — aufgefordert werden, um sie als Helfer für die „Berlin am Morgen“ zu gewinnen.

Da die „Berlin am Morgen“ zu einem wichtigen Teil der revolutionären Propaganda in Berlin gehört, und in der Überzeugung, daß ihr als Mitarbeiter unseres Unternehmens besonders interessiert seid, richten wir den Appell an Euch, Euch am Sonntag, dem 23. März, vormittags 10 bis 12 Uhr, bereit zu erklären, diese Werbung mit durchzuführen und sofort mit uns in Verbindung zu treten, um den einzelnen Genossen wissen zu lassen, bei welcher Expedition sie sich einfinden sollen.

Mit bestem Gruß

gez. Willi Münzenberg.

Zunächst ist dazu zu bemerken, daß die Geschichte von der sozialdemokratischen „Vernichtungsaktion“ gegen „Berlin am Morgen“ eine einfache Zweckklage ist. Durch sie soll die Tatsache verhüllt werden, daß „Berlin am Morgen“ auf dem

Deutschland und Sowjetrußland.

Revision der Verträge?

Moskau, 17. März. (Dft-Expres.)

Unter Hinweis auf die „Freisprechung öffentlicher Betrüger, Geld- und Wechselräuber“ in Deutschland und Frankreich hat der Rat der Kongresse der Industrie und des Handels der Sowjetunion sich an das Außenkommissariat mit dem Ersuchen gewendet, Maßnahmen zu treffen, um „reale Garantien“ für den Schutz der Rechte der Sowjetorganisationen und der wirtschaftlichen Interessen der Sowjetunion im Ausland zu erhalten. Der Rat erklärt, daß die Berliner und Pariser Gerichte „ausschließlich aus konjunkturfremder Stimmung heraus“ ohne Rücksicht auf das Gesetz handeln, wodurch in diesen beiden Ländern „eine Atmosphäre geschaffen worden ist, die jedes Kriminalverbrechen fördert, wenn es nur gegen die Sowjetunion gerichtet ist“. Infolgedessen müßten bei der Lösung von Abfällen in diesen Ländern sowie bei der Revision der Wirtschaftsverträge solche reale Garantien gefordert werden. Die Vergebung von Aufträgen im Ausland müsse sich nach dem Stand des Rechtsschutzes für Sowjetorganisationen in den in Frage kommenden Ländern richten. Das Außenkommissariat betont in seiner Antwort, daß es „in erster Linie“ seine Aufmerksamkeit der Erzielung solcher Garantien widmen werde.

Auch wir sind der Auffassung, daß die deutsch-russischen Verträge einer gründlichen Revision bedürfen und daß sie nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht sehr realer Garantien bedürfen, um z. B. die Wiederholung des Drusag-Skandals zu verhindern. Aber darüber hinaus wird bei dieser Gelegenheit der gesamte Komplex der deutsch-russischen Beziehungen einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. Wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ bemerkt, ist der im Vertrag vom 8. Mai 1923 niedergelegte Verzicht Rußlands auf Propaganda in Deutschland unbegreiflicherweise in den Vertrag vom 12. Oktober 1925 nicht wieder aufgenommen worden!

Sollten die bolschewistischen Unterhändler es tatsächlich wagen, das freisprechende Urteil eines unabhängigen deutschen Gerichts im Tschernomonzon-Prozess, das sich auf das von den Kommunisten geforderte und mitgeschlossene Amnestiegesetz stützte, ins Feld zu führen, so wird man ihnen hoffentlich die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. Mit dem Röder der „Vergebung von Aufträgen“ werden die Bolschewisten diesmal kein Glück haben. Die Zeit der Illusionen über den Wert des russischen Geschäftes ist verfliegen; und

leichten Hoch pfeift und daß darum ein verzweifelter Versuch gemacht wird, den Patienten durch eine Bluttransfusion von der „Welt am Abend“ zu retten.

Abgesehen davon ist das Schreiben interessant, weil es das ganze Aufgebot der getarnten kommunistischen Organisationen und Unternehmungen, die von Münzenberg kommandiert werden, in Erscheinung treten läßt. Nicht mit Unrecht gebraucht der Mann, wenn er von sich selber spricht, das Wortchen „wir“. Es ist der Plural der Majestät.

Warum beleidigt?

Die Deutschnationalen und der Rapp-Butsch.

Die Deutschnationalen haben sich sehr darüber erregt, daß die Minister Braun und Severing auf Kundgebungen gegen den Rapp-Butsch gesprochen haben. Im Preussischen Landtag haben sie eine Anfrage eingebracht, in der sie sich darüber beschwerten, daß der Ministerpräsident Braun sich an einer Kundgebung „gegen einen großen Teil des Volkes“ am Volkstrauertage beteiligt habe.

Wir verstehen diese Empfindlichkeit nicht. Als bald nach dem Scheitern des Rapp-Butsches brachte die Deutschnationale Partei eine offizielle Schrift heraus, laut Aufdruck am 10. Mai 1920 in einer Auflage von 8000 verbreitet wurde und den Titel führt:

Die Deutschnationale Volkspartei und der Militärputsch vom 13. März 1920.

Die heute selten gewordene Schrift, die im Zeitalter Jugenbergs durchaus verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden, beginnt mit den schmetternden Sätzen:

„Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden der neuen Verfassung, die sich das deutsche Volk durch die Nationalversammlung am 31. Juli 1919 in Weimar gegeben hat. Nach Ansicht der Deutschnationalen Volkspartei kann diese Verfassung nur auf den Wegen geändert werden, die die Verfassung selbst vorschreibt... Daß die Deutschnationale Volkspartei nur diesen verfassungsmäßigen Weg zur Aenderung der gegenwärtigen Zustände beschreiben will, geht aus den wiederholten Erklärungen hervor, die vor dem 13. März von deutschnationaler Seite abgegeben worden sind. (Es folgen Zitate aus Reden Herzgs, Bogadomskys usw.)“

Es wird auch die von der deutschnationalen Parteileitung nach dem Zusammenbruch des Rapp-Butsches am 18. März 1920 erlassene Erklärung zitiert zum Beweise dessen, daß die Deutschnationale Volkspartei damals von Rapp und Genossen weit abgerückt sei. In dieser Erklärung wird zu dem Vorgehen der Rapp und Wittwily gesagt:

„Unser Weg war das nicht. (Im Original durch Fettdruck hervorgehoben R. d. V.) Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei ist stets von dem Grundsatz geleitet worden, daß die Fortbildung unserer politischen Zustände nur auf verfassungsmäßigem Wege erfolgen dürfe. Dadurch ist unsere Stellungnahme zu der Regierung Bauer wie zu den Vorgängen des 13. März klar gegeben.“

Nach diesen parteioffiziellen Kundgebungen zu urteilen, müßten sich die Deutschnationalen eigentlich den Kundgebungen gegen den Rapp-Butsch begeistert anschließen. Oder soll man annehmen, daß die damals bekundete deutschnationale Verfassungstreue nur ein Produkt der gleichen Angst vor der Abrechnung gewesen ist?

zugleich mit der außenpolitischen Konsolidierung in Westeuropa haben glücklicherweise auch die national-bolschewistischen Gedankengänge, durch die sich die Wilhelm- und die Bendlerstraße allzu lange haben beeinflussen lassen, an Bedeutung verloren.

Die deutsch-russischen Beziehungen müssen auf einer realpolitischen Grundlage neu aufgebaut werden.

Es ist vieles klarzustellen.

Zu demselben Thema schreibt die Korrespondenz „Dft-Expres“: Der kürzlich erfolgten Unterredung zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Curtius und dem Sowjetbotschafter Krestinski dürften in naher Zukunft in Berlin oder in Moskau deutsch-russische Verhandlungen folgen zur eingehenden Aussprache über alle schwebenden deutsch-russischen politischen und wirtschaftlichen Fragen, um eine Generalvereinbarung aller dieser Fragen zu schaffen, durch die das deutsch-russische Verhältnis in letzter Zeit überaus belastet wird. In diesen Verhandlungen dürfte, neben dem Problem der Komintern und ihrer Propaganda, in erster Linie die Frage einer Anpassung der deutsch-russischen Wirtschaftsverträge vom 12. Oktober 1925 an die gegenwärtigen Verhältnisse zur Sprache kommen. Zahlreiche und sehr wichtige Bestimmungen dieser Verträge sind auf wesentlich anderen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen aufgebaut als denen, die heute die Sowjetpolitik und Sowjetwirtschaft leiten. Durch die seit 1925 eingetretenen wirtschaftspolitischen Veränderungen in Rußland (Abbau des Rep, Unterdrückung aller privaten Erwerbs- und Geschäftstätigkeit D. Red.) ist vielen Vertragsbestimmungen die Grundlage entzogen worden, wodurch für die deutsche Wirtschaft immer neue Erschwerungen entstehen.

Botschafter Herbetts in Paris.

Rehrt er nach Moskau zurück? Einstellung der Beziehungen?

Paris, 17. März. (Eigenbericht.)

Anlässlich des Pariser Aufenthalts des französischen Botschafters in Moskau, Herbetts, mehren sich die Gerüchte, nach denen Herbetts nicht mehr nach Moskau zurückkehren wird. Die Reichspresse benützt die Gelegenheit zu der Forderung, daß Herbetts überhaupt keinen Nachfolger mehr finden und seine Abberufung als Anlaß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen benutzt werden solle.

Die hohen Gehälter.

Sozialdemokratie fordert Klarheit für Reichsbank und Reichsbahn.

In der Bevölkerung herrscht begrifflicher Unwille darüber, daß für die leitenden Stellen bei der Reichsbank und der Reichsbahn außerordentlich hohe Gehälter gezahlt werden. Schacht hat bisher lebhaft geäußert, daß die Angaben in der Presse über sein Gehalt übertrieben seien und er keinerlei Abfindung erhalte. Reichsfinanzminister Waldenauer stellte im Reichstag mit, daß Schacht sich mit einem Ruhegehalt von 30 000 Mark begnügen wolle. Um der bestehenden Unklarheit ein Ende zu machen, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der dritten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Bankgesetzes vom 30. August 1924 eine Entschließung eingebracht, in welcher die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag umgehend eine Zusammenstellung vorzulegen, die das Folgende enthält:

1. Die sämtlichen Bezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder des Generalrats der Reichsbank erhalten.

2. Die sämtlichen Bezüge des Generaldirektors, der Direktoren und der Direktionspräsidenten, überhaupt der 280 hohen Beamten der Reichsbahn, und die sämtlichen Vergütungen, die die Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichsbahn erhalten.“

Die Reichsregierung wird ferner ersucht, mitzuteilen, was sie gegen die Verbindung von geschäftlichen Interessen und öffentlichen Aufgaben, wie sie auf Grund der Dawes-Besche beim Verwaltungsrat der Reichsbahn bisher zulässig war, nach Annahme des neuen Reichsbahngesetzes zu tun gedenkt.

Die sozialdemokratische Entschließung ist bei der dritten Lesung des neuen Reichsbahngesetzes angenommen worden. Bei der Durchführung der jetzt beschlossenen Reichsbank- und Reichsbahngesetze wird dahin zu streben sein, eine Neuregelung der Bezüge der leitenden und hohen Beamten dieser Institutionen vorzunehmen.

Bauernunmut auf Rügen.

Eine Auktion verhindert — ein Bieter verprügelt.

Putbus, 17. März.

In einer für Sonntag, 17. März, angelegten Inventarversteigerung in Grabitz bei Ramin auf Rügen erschienen etwa 500 Bauern. Als die Versteigerung beginnen sollte, bot niemand. Ein den Auktionator bei seinen Aufforderungen zu überbieten, wurde von der Menge des Deutschlandlied gesungen. Als dann der Vertreter des Straußener landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufvereins, für den die Versteigerung stattfinden sollte, ein Gebot machte, wurde er verprügelt und entkam nur dank der Hilfe eines Landbundführers. Die Bauern begaben sich dann wieder ruhig nach Hause.

Kabinet Bartel zurückgetreten.

Gesamtdemission vom Staatspräsidenten angenommen.

Warschau, 17. März.

Heute abend hat der Staatspräsident die vom Ministerpräsidenten Bartel im Namen des ganzen Kabinetts überreichte Demission angenommen. Der Staatspräsident hat gleichzeitig den Ministerpräsidenten Bartel und sämtliche Minister des gegenwärtigen Kabinetts beauftragt, bis zur Bildung der neuen Regierung in ihren Ämtern zu bleiben.

10,8 Milliarden!

Wo kommen sie hin?

Der „finanzielle Ueberblick“ über den Nachtragshaushalt 1929, der zur Zeit der Beratung des Haushaltsausschusses des Reichstags unterliegt, enthält wiederum neben einer Anzahl wertvoller Anlagen auch den Bericht und die Vergleichstabellen der Reichsausgaben, die der Generalberichtsersteller des Reichsrats Ministerialdirektor Dr. Bracht, seit einigen Jahren bei der Beratung des Etats des Reichsrat jeweils vorlegt. Ueberblick und Anlagen erleichtern das Einarbeiten in die verwickelten Finanz- und Kassenverhältnisse des Reichs ungemein und eröffnen auch dem weniger Geschulten in diese wichtigen und schwierigen Fragen Einblicke, die vordem nur mit großer Mühe und Arbeit zu erlangen waren.

Das ist umso mehr zu begrüßen, als der Reichshaushalt und seine Balancierung jetzt mehr als je zuvor das öffentliche Interesse in Anspruch nimmt. Die Frage, Kürzung der Ausgaben oder Erhebung neuer Steuern steht im Brennpunkt der politischen Kämpfe und beschäftigt in leidenschaftlicher Weise alle am öffentlichen Leben Interessierten. Bei dieser Sachlage und da nunmehr die Ausgaben des Rechnungsjahres 1929 feststehen, dürfte es angebracht sein, in knapper, zusammenfassender Uebersicht zu zeigen,

für welche Zwecke die ungeheuren Summen verausgabt werden, die der deutsche Steuerzahler im laufenden Etatsjahr aufzubringen hatte.

Die Uebersicht wird auch die Antwort darauf geben, ob es möglich ist, Ausgabenkürzungen vorzunehmen, die, wie von bestimmten industriellen Kreisen verlangt wird, die Erhebung neuer Steuern ganz oder nahezu ganz überflüssig machen.

Nach dem Haupt- und Nachtragshaushalt betragen vom 1. April 1929 bis 31. März 1930 die Nettoausgaben des Reichs, das heißt die Nettobeträge abzüglich der zugehörigen Einnahmen, die ungeheure Summe von 10 828,3 Millionen Mark. Sie verteilt sich wie folgt:

	Millionen	Millionen
		10 828,3
Hieroon sind zunächst die durch den Krieg und die Folgen des Krieges entstandenen Ausgaben abzulehen. Es kommen in Betracht:		
die Reparationslasten mit	1882,2	
die Versorgung der Kriegsteilnehmer und des alten Heeres auf Grund der Versorgungsgesetze einschließlich der Kosten der Versorgungsverwaltung	1684,9	
die inneren Kriegslasten (Kosten der Belegung oder Abtretung, Beihilfe für Grenzgebiete, Liquidationsschäden usw.	342,7	3 909,8
Es bleiben		6 918,5
Von diesem Betrage gehen ab die Kosten der Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld mit Ferner die Kosten der Finanzverwaltung, d. h. des ganzen Apparates der Abgabenerhebung und Rechnungslegung einschließlich der Pensionen für die Finanzverwaltung mit	490,0	506,7
996,7		
Es bleibt für die Ausgaben des Reichs und der Länder eine Summe von		5 921,8
Auf Grund des geltenden Finanzgleichs müssen hieron an die Länder zur Erfüllung der den Ländern und Gemeinden zugewiesenen Aufgaben einschließlich der Polizeikosten gezahlt werden		3 481,9
so daß für das Reich verbleiben		2 439,9
Davon verausgabt das Reich:		
für die Wehrmacht einschließlich der Versorgung der neuen Wehrmacht	723,4	
und zwar: Heer	479,7	
Marine	180,8	
Verwaltung	63,7	
für soziale Zwecke ausschließlich der Kosten des Reichsarbeitsministeriums	1228,7	
für wirtschaftliche Zwecke ausschließlich der Kosten des Reichswirtschaftsministeriums	274,8	
für kulturelle Zwecke	37,0	
zur Förderung des Gesundheitswesens	7,5	
für polizeiliche Zwecke	4,4	
für das Auswärtige Amt einschließlich aller auswärtigen Missionen	51,0	
für alle übrigen Reichsministerien, Reichsbehörden, Büros des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, Parlamente usw.	84,4	
für alle Pensionen, ausschließlich der Pensionen für die Finanzverwaltung	28,7	
	2439,9	

In dieser Summe von 2439,9 Millionen Mark, die das Reich für seine eigenen Zwecke verausgabt, befinden sich 404,4 Millionen Personalausgaben und 28,7 Millionen für Pensionen, die auf Grund der bestehenden Besoldungs- und Versorgungsgesetze geleistet werden müssen. Von dem dann verbleibenden Restbetrag von 2006,8 Millionen ist aber noch ein weiterer erheblicher Teil zwangsläufig gebunden, insofern, als zur Zahlung der betreffenden Beträge verpflichtende Gesetze (z. B. die Sozialgesetze) vorliegen. Änderungen dieser Beträge können daher erst vorgenommen werden, nachdem die zur Leistung verpflichtenden Gesetze geändert oder aufgehoben worden sind.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei ausdrücklich betont, daß das Reich nicht etwa nur die aufgeführten minimalen Beträge für kulturelle Zwecke und zur Förderung des Gesundheitswesens verausgabt. Letztere beiden Aufgaben obliegen nach der Reichsverfassung der Fürsorge der Länder und Gemeinden und in dem den Ländern auf Grund des Finanzgleichs überwiesenen 3481,9 Millionen sind daher sehr erhebliche Beträge für die genannten Ausgaben enthalten. Nach den von dem Statistischen Reichsamt herausgegebenen Tabellen betrug denn auch der Zuschußbedarf, das heißt der Bedarf nach Abzug aller Einnahmen, für die Kultur- und Sozialaufgaben (Schulen aller Arten, Wissenschaft und Kunst) in 1913 — 1048 Millionen, in 1925 — 1930 Millionen, in 1926 — 2008 Millionen Mark. Spätere Vergleichszahlen liegen noch nicht vor, doch ist anzunehmen, daß die Beträge auch in den letzten Jahren gestiegen sind.

Neuer Krieg in China?

Yen und Fong gegen Tschiangkaiſchek.

London, 17. März. (Eigenbericht.)

Präsident Tschiangkaiſchek beabsichtigt einen gemeinsamen Angriff der beiden Generäle des Nordens, Yen Hsueh-an und Fong, gegen die Kantingregierung. Nach den vorliegenden Nachrichten soll der Vormarsch längs der Peking-Hantung- und der Tientsin-Pukou-Eisenbahn erfolgen.

Notwendige Reinigung.



„Klopfen Sie diesen Militärarmantel gut aus, Herr Groener, da sind die Motten hineingekommen!“

Macdonald vermittelt.

Werden Landabrüstungsprobleme aufgerollt?

London, 17. März. (Eigenbericht.)

Die Flottenkonferenz hat sich zu einem ständigen Nebeneinander von Sonderbesprechungen zwischen den verschiedenen Delegationen aufgelöst. Volltätigkeiten sind im Augenblick überhaupt nicht in Aussicht genommen. Macdonald hat bei den Sonderbesprechungen die Rolle eines ehrlichen Maklers übernommen. Dies gilt insbesondere für seine Bemühungen, eine italienisch-französische Verständigung herbeizuführen. Die Verhandlungen Amerika-England, England-Japan, Japan-Amerika sind zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Anders die europäischen Probleme, also die Verhandlungen England-Frankreich einerseits und Frankreich-Italien andererseits.

In der Frage der Herabsetzung der französischen Tonnageziffern behauptete sich, obwohl von amtlicher französischer als auch englischer Seite strenges Stillschweigen bewahrt wird, am Montag hartnäckig das Gerücht, daß Macdonald und Tardieu am Sonntag auch über die

Zusammenhänge zwischen maritimer und Landabrüstung

gesprochen hätten. Dies würde praktisch bedeuten, daß Tardieu den Versuch gemacht hat, eine eventuelle Konzession in der Tonnagefrage durch Zusicherungen in der Frage der Landbewaffnung zu erzielen. Eine derartige Zusicherung müßte sich naturgemäß in der Linie der französischen Auffassung des sogenannten Kriegs-Potentials bewegen. Wenn auch absolut feststeht, daß Macdonald bisher keinerlei Zusicherung gegeben hat, so eröffnet sich damit doch die Möglichkeit eines Hereingreifens von Problemen, die die übrigen Landmächte und insbesondere Deutschland unmittelbar berühren. Bisher hatte England allen solchen Anstrengungen von französischer Seite energischen Widerstand entgegengesetzt. Auffallend ist, daß alle Gerüchte

über Erörterungen zwischen Macdonald und Tardieu ausschließlich aus dem französischen Lager stammen. Vorläufig liegt daher der Gedanke nahe, daß es sich um ein neues französisches Manöver handelt.

Labour-Regierung / Marineersparnisse.

London, 17. März. (Eigenbericht.)

Der erste Lord der Admiralität Alexander unterbreitete am Montag dem Unterhaus den Marinevorschlag, der eine Kostensenkung von rund 62 1/2 Millionen Mark vorsieht. Diese Verminderung ist, wie Alexander betont, trotz der erhöhten Ausgaben für den Flottenstützpunkt in Singapur — eine konservative Erbschaft — und der neuen Ausgaben für bezahlten Urlaub der Marinearbeiter möglich gewesen. Die tatsächlichen Einsparungen belaufen sich auf rund 120 Millionen Mark.

Verglichen mit der Vorkriegszeit, kostet die britische Marine unter Einrechnung der Entwertung der Kaufkraft des Geldes, 31,9 Prozent weniger. Keine andere Macht der Welt hatte freiwillig eine derartige Herabsetzung vorgenommen.

Genfer Abrüstungslagung bis Juni?

Wie auch London ausfallen mag.

Genf, 17. März. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende des vorbereitenden Abrüstungsausschusses des Völkerbundes, der Holländer Loudon, hat Genf besucht und sich darauf nach London begeben, um mit dem dort der Beobachtungskommission beizuhörenden Direktor der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats Rücksprache zu nehmen. Er beabsichtigt, bis Juni eine Tagung des Abrüstungsausschusses einzuberufen, um die Situation für die Abrüstung nach der Londoner Flottenkonferenz zu prüfen, wie diese auch ausfallen mag.

Gespräch um Romm.

Der „Geist von Potsdam“ oder . . . ?

„Da haben Sie Ihr Neupreußen! Das ist das heutige Beamtentum. Korrupt bis oben hin! Fingierte Einbruchdiebstähle . . . die eigene Frau. Das sind die heutigen Beamtinnen. Wo mag er die aufgefressen haben! Wahrscheinlich früher beim Varieté gewesen, oder noch ganz anderswo!“

„Erlauben Sie . . .“

„Ich erlaube gar nichts. Im altpreussischen Beamtentum war so etwas einfach nicht möglich. Da herrschte natürliches Gefühl für Sauberkeit. Da heizte man so etwas nicht. Da strahlte die Intelligenz des Beamten auf seine ganze Familie aus.“

„Aber Herr Regierungspräsident Romm ist ein altpreussischer Beamter. Er ist schon lange vor dem Kriege — im Jahre 1900 — preussischer Landrat im Kreise St. Wendel gewesen.“

„Sooo? — Na, dann war er sicher einer von denen, die es in Altpreußen auch nicht weiter gebracht haben. Eine von den Kreaturen, die dann nach dem Krieg die Beförderung gewechselt haben und dann auf Grund eines roch erworbenen Parteimitgliedsbuches die Treppe hinaufbefördert wurden.“

„Herr Romm hat seine Gesinnung nicht gewechselt. Er war vor dem Kriege rechtsstehend und ist es heute noch. Er steht der Deutschen Volkspartei nahe“, wie es so schön von denen heißt, die innerlich deutsch-national sind. Befördert worden ist er auch nicht in der Republik, sondern er war schon 1914 Regierungspräsident in Koblenz, dann Regierungspräsident in Wiesbaden. Die Republik hat ihn nur verfehlt — von Wiesbaden nach Potsdam.“

„Also doch ein altpreussischer Beamter? Na, dann gratuliere ich Ihnen. Da können Sie ja alle Dreckschleudern Ihrer Sozialistenpresse in Bewegung setzen.“

„Bodour, Sie verwechseln die Situation. Was Ihre Presse gefährlichen hätte, wenn der Mann zufällig Republikaner oder gar Sozialist gewesen wäre, das habe ich ja soeben eindrucksvoll aus Ihrem Munde gehört. Mir tut der Mann einfach leid, der an eine hysterische oder kriminal-psychologische Frau geraten ist. Ich bin auch überzeugt, daß kein einziges Vorkriegsblatt Herrn Romm deswegen durch die Gasse schleifen wird. Freilich: im Geiste sehe ich bereits Ihren deutsch-nationalen Abgeordneten von Bork, wie er,

durch den eingeklemmten Kassetten stütze Entrüstung blühend, stundenlang im Sandtag den Fall Romm gegen das System Geneyr-Grzejnaki ausgewagt hätte, falls Herr Romm Republikaner oder gar Außenminister gewesen wäre. Ich höre schon förmlich Herrn von Bork rufen: „Das ist der Geist von Weimar.“ — Wie schade, daß dieser altpreussische Fall just in Potsdam spielt.“

„Ein Einzelfall, der nichts gegen den Geist von Potsdam beweist!“

„Einzelfall — hm! Ich erinnere mich eines Skandals um eine Gräfin Bothmer in Potsdam, ich erinnere mich der Geschichte einer Frau von Schwabel in Potsdam und ihres Gärtnerburschen Max, ich erinnere mich eines Amstrats, der auf Auktionen silberne Köpfe stahl! Die Biste macht keinen Anspruch auf Vollständigkeit.“

„Na und, was wollen Sie daraus ableiten?“

„Nur eines: Daß keine Sächse, keine Kasse, mag sie noch so selbstgerecht und dunkelhaft über sich selbst urteilen, von psychologischen und anmerkwürdigen Individuen frei ist!“

„Eben, eben, es handelt sich um lauter Einzelfälle!“

„Na, sehen Sie, da sind mir ja beinahe eilig. Und wenn einmal bei einem republikanischen Beamten etwas passiert . . .“

„Das ist natürlich ganz etwas anderes, das liegt am System.“

„ Bravo, Bravo! Ihre Unselbstbarkeit — liegt gleichfalls am System!“

Jonathan.

Borwärts und „Borwärts“.

Goebbels gegen Hindenburg.

Aus einer Stundrede, die der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Goebbels am 14. d. M. im Riegerswertheinhau gegen den Reichspräsidenten a. Hindenburg hielt, zitiert das „Berliner Tageblatt“ u. a. auch die folgende Stelle:

„Bei Lannenberg sei Hindenburg ein wirklicher Marschall Borwärts gewesen, heute sei er es auch noch, aber nur noch mit dem Wort Borwärts in Anführungsstrichen, man könne gradezu sagen, heute ist er nur Schreiber oder Unterschieber für den „Borwärts“.“

Ja, und wenn Goebbels „geistreich“ wird, wird er es auch nur in Anführungsstrichen!

Dem Gedenken der Märzopfer

Ein trüber Märztag. Nur wenige Spaziergänger auf den Wegen des Friedrichshains, auf denen frisch gefallener Schnee liegt. Auch die Gräber der Märzgefallenen von 1848 sind mit weissem Schnee dekoriert und nachdenklich liest man die Inschriften auf den meist liegenden Grabsteinen. Hier ein „achtzehnjähriger Malergehülfe aus Berlin“, daneben ein „fünfzehnjähriger Lehrling aus Berlin“, etwas weiter ein Stein mit halb hebräischer Inschrift, darunter stehend eine Platte mit einem odigen Wappen. Die ganze Gruppe beherrscht von einer eisernen Säule, auf der ein Adler prangt. Unter bizarren geformten Bäumen, von Eisen überzogen, liegen sie hier nebeneinander, die 183 Opfer der Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848. In ihrer Nachbarschaft, in zwei wohlsonstgerichteten Grabreihen, die Toten aus den Revolutionstagen von 1918. Nachdenklich wandern die Gedanken zurück.

Vor 82 Jahren hatte die Viermillionenstadt 400 000 Einwohner. Die Industrie stieg in den bescheidensten Anfängen. Draußen vor dem Dramenburger Tor standen die Maschinenfabriken von Borsig, Böhler u. a. Im Südosten gab es Textilindustrie, aber auch nur in bescheidenstem Umfang. Das Handwerk überwoog, bürgerliche Arbeiterkreise hatten vier Jahre vorher den „Berliner Handwerkerverein“ gegründet, in dem sich die radikalsten Elemente unter den Künstlern, Gelehrten, Handwerkern und Arbeitern zusammenschlossen. Im Frühjahr 1848 brach die Arbeitslosigkeit, verschärft durch die Missernten der vorhergehenden Jahre. Bergleich waren die Bestimmungen der Stadtverordneten, durch schnelle Einrichtung von Arbeitsnachweisen den 7000 Arbeitslosen zu helfen. Eine Woche später wurden schon die Barrikaden hoch: Am Alten Köllnischen Rathaus, wo der Maschinenbauer Siegfried den Bau und die Verteidigung der Barrikade leitete, an der Ecke der Jäger- und Friedrichstraße, wo der 19jährige Schlossergeselle Wilhelm Giesewald und der 17jährige Schlosserlehrling Ernst Juma nach tapferer Verteidigung der Barrikade gegen das heranrückende Militär den Tod fanden. Den Sturm auf das damalige Landwehrregiment in der Lindenstraße leitete der Drechslergeselle Gustav Hesse aus Halle. 90 Proz. der Gefallenen, die dann am 22. März festerlich im Friedrichshain beigesetzt wurden, waren Gefellen, Fabrikarbeiter und sonstige Arbeiter. Arbeiter, Meister und Fabrikanten marschierten hinter den Särgen. „Verbrüderung der Volksklassen“ war das Lebewort. Erst nach der Industrialisierung Deutschlands wurde die klassenbewusste Arbeiterschaft zu mächtvoller Organisation: als die



reaktionäre Rapp-Regierung ihre Zeit für gekommen hielt, da waren Barrikaden zu ihrer Bekämpfung überflüssig geworden; eine Parole genigte: „Generalkrieg!“ Die Toten vom Friedrichshain sahen nicht mehr das Morgenrot der Freiheit. Aber alljährlich, wenn der 18. März wiederkehrt, gilt unter Gedanken diesen Pionieren der Freiheit.

zustellen, aus. Erst nachdem erneut eine Diebstahlsanzeige über gestohlenen Gut im Werte von 4000 Mark und eine weitere Anzeige über eine angeblich am 10. März gestohlene Kassette mit 2000 Mark Wohlfahrtsgebern bei der Versicherung einging, schöpfte man Verdacht. Die Polizei wurde um Untersuchung der Vorfälle gebeten und gleichzeitig stellte die Versicherung eigene Ermittlungen an. Der Erfolg blieb nicht aus und es kam schnell zur Aufklärung der geheimnisvollen Diebstähle.

Zunächst wird Frau Mommsen auf ihren Geisteszustand untersucht werden. Man hat sich zu dieser Maßnahme veranlaßt gesehen, da für Frau M. auch nicht der geringste Grund vorlag, sich auf derartige Abenteuer einzulassen. Die Gattin des Regierungspräsidenten verfügt über ein selbst heute sehr ansehnliches Vermögen, und der Regierungspräsident, der selbst wohlhabend ist, hatte ein Einkommen von 36 000 Mark und lebte in vollkommen geordneten Verhältnissen. Bei einer Hausdurchsichtigung, die im Anschluß an das Geständnis der Frau Mommsen vorgenommen wurde, entdeckte Kriminalkommissar Kaffow auf dem Boden des Hauses einen Teil des Familienfibers, das bei dem vorliegenden „Einbruch“ verschwunden war.

Protest der Stadtverordneten.

Gegen das neue Selbstverwaltungs-gesetz für Berlin.

Im Rathaus trat die gemischte Deputation zur Vorbereitung von Organisationsentwürfen, der sogenannte Organisations-ausschuss, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters zu einer Beratung zusammen, um zu dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin Stellung zu nehmen. Nach eingehender Debatte faßte der Ausschuss, in dem der Magistrat sowie sämtliche Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, folgenden Beschluß:

Der Organisationsausschuss erhebt Einspruch dagegen, daß dem Staatsrat und dem Landtag ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes der Stadtgemeinde Berlin vorgelegt worden ist, ohne daß die Berliner städtischen Körperschaften — wie die gleichen Körperschaften anderer Städte in ähnlichen Fällen — rechtzeitig zu dem Reform-Abfichten Stellung nehmen konnten.

Der Organisationsausschuss verlangt, daß die Verwaltungsorganisation Berlins nicht durch ein Sondergesetz vor der Verabschiedung des jetzt auch vorbereiteten allgemeinen „Selbstverwaltungs-gesetzes“ erfolgt.

Der Organisationsausschuss erhebt den schärfsten Protest gegen den von der Preussischen Regierung vorgelegten Entwurf eines „Selbstverwaltungs-gesetzes für die Hauptstadt Berlin“, lehnt den vorliegenden Entwurf ab und wird seinerseits selbständig Vorschläge machen.

Dieser Beschluß des Organisationsausschusses wird morgen den Fraktionen zugewendet werden. Wie wir erfahren, wollen die Fraktionsführer der Mittelparteien und der Deutschnationalen diesen Beschluß mit einigen Abänderungen in der morgigen Stadtverordnetenversammlung als Initiativantrag einbringen. Die Verammlung wird dann zu dem Beschluß sofort Stellung zu nehmen haben, man rechnet mit einer halbtägigen Redezeit für jede Fraktion. Die Initiative zu dem Protest der Berliner Stadtverordneten ist allein von den Parteien ausgegangen, Stadtverordneten-norchester hat — entgegen anderslautenden Presse-meldungen — die Angelegenheit lediglich geschäftsordnungsmäßig zu behandeln gehabt.

Sprechchor für proletarische Feiertagstuden. Die Übungsstunde findet am Mittwoch, dem 19. März, abends 7½ Uhr, im Gesangs-saal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16/17, statt (nicht Donnerstag).

Wahlbezirksreform im Bezirk Rosenthal im Aufsichtsbereich. Wie aus die Direktion des Bezirks Rosenthal mitteilt, findet am Donnerstag, 18. März, um 10 Uhr, die Wahlbezirksreform statt, bei der zum letzten Male der Todesstrafe aus der Bezirksreform angeht wird.

Warum Frau Momms gestand.

Sechs Diebstähle zugegeben. — Eine nervenüberreizte Frau.

Das Geständnis der Frau des Regierungspräsidenten Dr. Momms, mehrere Einbrüche in der eigenen Wohnung im Gebäude des Regierungspräsidiums Potsdam ausgeführt zu haben, hat naturgemäß großes Aufsehen hervorgerufen, obgleich in dazugehörigen Kreisen schon seit Tagen kein Zweifel mehr an der Schuld der Frau bestand.

Am Hause des gestrigen Nachmittags erschien Frau Dr. Momms bei dem Potsdamer Justizrat R. Josephsohn und beauftragte ihn mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Frau Dr. M. machte einen völlig gefassten Eindruck. Sie gestand, für das Tafelsilber, das in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember von ihr heimlich beiseite geschafft worden war, auf die Diebstahlsmeldung von der Versicherung 4000 M. erhalten zu haben. Als ihr Mann von dem Vorgang erfuhr, hat er der Versicherungsgesellschaft sofort die 4000 M. zurückerstattet. Nur so ist auch zu erklären, daß eine Anzeige wegen Versicherungsbetruges nicht erfolgt ist. Frau M.

hat insgesamt, wie sie selbst zugebt, sechs Diebstähle ausgeführt. Die entwendeten Gegenstände hatte sie zu einer ihr befreundeten Familie in Potsdam gebracht. Von dort wanderte das Silber zu Potsdamer Uthändlern. Da fast sämtliches Silber Granierungen trug, wurde bei dem Verkauf angegeben, daß die Gegenstände im Hause des Regierungspräsidenten überflüssig und veraltet seien.

Ueber Frau Dr. Momms wird noch bekannt, daß sie außerordentlich sprunghaft und nervös ist und daß ihre Neurostik oft auch ihren näheren Bekannten bedenklich erschienen ist. Der Oberstaatsanwalt hat angeordnet, daß Frau M. von einem Psychiater untersucht wird, den er allerdings selber bestimmen wird.

Wie es herauskam!

Die Untersuchung gegen Frau Momms ist überhaupt erst durch die Versicherungsgesellschaft in die Wege geleitet worden. Zuerst erfolgten zwei Diebstahlsanzeigen, von denen die eine aus dem Jahre 1927 und die andere aus dem Frühjahr 1929 datiert. Da es sich jedoch nur um wenige hundert Mark handelte, zahlte die Gesellschaft die Beträge bedenkenlos, ohne besondere Recherchen an-

zuführungen mitbewundern. Er erklärte, es sei schon zu spät für solche Vergnügungen und sie sollten sich nur alle zurückziehen.

„Los, los; gehe jeder nach Hause und lege dich schlafen, denn morgen müssen wir alle an die Arbeit.“

Biedade war die einzige, die Protest erhob. Sie wollte noch nicht aufbrechen und versicherte dem Hauswirt, sie habe doch das Recht, sich mit ihren Freunden zu amüsieren.

„Was denn, zum Teufel — wir tun doch niemand etwas zuleide.“

„Geh lieber zu Bett und schlaf dich aus“, rief Joao Romao. „Du mit deiner halbwegsigen Tochter noch dazu. Schämst du dich nicht, dich so betrunken hier draußen zu zeigen und zum Vergnügen der Nachbarn den Clow zu spielen?“

Biedade meinte, eine solche Beleidigung nicht durchgehen lassen zu können, kramelte sich also die Ärmel auf, hob den Rock und erklärte, der Budiker solle sich in acht nehmen. Aber Bataca stellte sich dazwischen und bat den Wirt, das Gerede der Frau nicht ernst zu nehmen, da er ja doch sehen müsse, daß man sie in diesem Zustande nicht zur Rechenschaft ziehen könne.

„Schon gut, schon gut“, erwiderte Joao Romao, „aber macht, daß ihr zu Bett kommt, damit wir hier Ruhe haben.“ Und er ging nicht fort, bevor sich die Gruppe aufgelöst hatte und alle sich zurückzogen.

Nur Biedade und Bataca blieben noch im Hof zurück, sprachen über die Willkür des Budikers und moralisierten über die Härte, mit der die Reichen die Armen behandelten. Beide sahen ein, daß sie nicht mehr draußen stehenbleiben durften, aber keiner wollte allein nach Hause gehen.

„Haben Sie bei sich oben etwas zu trinken?“ fragte Bataca schließlich.

Sie wußte nicht genau, wollte aber nachsehen. Dann winkte sie ihm von der Tür aus. Es war noch eine halbe Flasche Paraty da und ein paar Schluck Wein. Aber keinen Lärm durfte er machen, da das Kind schlief. Sie traten auf Zehenspitzen ein und unterhielten sich flüsternd. Biedade steckte Licht an und bemerkte, daß sie bald im Dunkeln sitzen würden, da das Öl fast verbraucht war. Bataca erinnerte sich, daß er in seinem Zimmer noch eine Kerze hatte und ging sie holen.

Als er zurückkehrte, brachte er auch noch ein Stück Käse und etwas gebratenen Fisch mit. Biedade räumte ihre Wäsche vom Tisch weg und holte Brat und die zwei Flaschen.

Im Hause war es still, der einzige Laut, der ab und zu an ihr Ohr drang, war das Bellen eines Hundes. Als sie ihr mitternächtiges Mahl einnahmen, sang Biedade an, von ihrem Kummer zu erzählen und brach schließlich in Schluchzen aus. Als sie sich beruhigt hatte, beschrieb sie die Vorgänge des Nachmittags und erzählte ihm alle Einzelheiten ihres Besuchs bei Jeronymo, von dem Essen in Gesellschaft dieser Rufantenteufeln, von dem Streit und dem demütigenden Heimweg.

Bataca war entsetzt. Nicht über Jeronymo, sondern über Biedades Benehmen.

„Nein“, bemerkte er, „daß Sie sich aber auch so erniedrigen konnten und zu ihm gegangen sind, nachdem er Sie so schlecht behandelt hatte.“

„Aber das erstemal hat er mich doch sehr gut behandelt. Nur heute hat er mich richtig hinausgeschmissen.“

„Und er hat recht getan — Sie haben's nicht besser verdient. Prügelein müßte man Sie dafür, daß Sie sich da mit seiner neuen Frau an einen Tisch gesetzt haben.“

„Vielleicht haben Sie recht.“

„Natürlich habe ich recht. Männer gibt es genug, mein Kind. Die Welt ist weit, und jeder Topf findet seinen Deckel.“

Dann legte er seinen Arm um sie und fragte: „Warum läßt du dich nicht von mir glücklich machen und vergißt den anderen?“

Biedade stieß ihn zurück und bat ihn, doch keinen Unsinn zu reden.

„Unsinn ist das, was das Leben lebenswert macht“, versicherte er ihr.

Das kleine Mädchen war aufgewacht und kam zur Tür, um zu sehen, wer da sei, aber sie beachteten sie nicht, und die Kleine legte sich wieder zu Bett.

So unterhielten sie sich weiter, und je mehr der Paraty in der Flasche abnahm, um so mehr verschwand der Gram aus dem Herzen der verlassensten Frau; sie aß mit Appetit und lachte sogar über Batacas zweideutige Wisse.

„Die schönsten Freuden des Lebens kommen unerwartet“, erklärte er erregt und mit gerötetem Gesicht. „Nur ein Narr sieht da und wartet.“

Dann fiel ihm ein, daß er eigentlich mitgekommene war, um eine Tasse Kaffee zu trinken.

„Ich weiß nicht genau, ob welcher da ist, aber ich werde mal nachsehen“, bemerkte die Wirtin und sie mankte in die Küche und tappte im Dunkeln herum.

(Fortsetzung folgt.)

Aluixio Azevedo

Ein brasilianischer Mietkäufer

„Sie laufen ja herum wie ein verlorenes Huhn“, bemerkte Bataca und setzte sich neben sie. „Werfen Sie Ihre Sorgen über Bord und kümmern Sie sich nicht mehr darum. Das Leben ist gar nicht so schlimm, wie Sie es sich vorstellen. Ihr Mann hat Sie verlassen? Na, und wenn schon. Nehmen Sie sich einen anderen. Wer weiß, ob Sie den nicht noch lieber gewinnen als den ersten.“

Sie konnte ihm nur mit Seufzern antworten, denn sie war zu beschämt, um zu reden. Aber die Flasche Paraty machte die Runde, und als sie zweimal zu Biedade gekommen war, verfehlte sie ihre Wirkung nicht. Die Frau fing an zu sprechen, lachte sogar über manche Geschichten, die erzählt wurden, und wurde schließlich die lustigste von allen: sie kopierte die neuen Mieter im Hause und unterhielt die ganze Gesellschaft. Bataca war sehr begeistert von ihr, legte den Arm um ihre Taille und zog sie dicht an sich, wobei er ihr ins Ohr flüsterte, sie sei gerade der Topf, für den ein Mann seine Seele dem Teufel verschreiben würde. Biedade lachte laut und drohte, ihm das Genick zu brechen, wenn er sie nicht los ließe.

Die übrige Gesellschaft fand dieses wichtige Zwiegespräch harmlos und amüsan und applaudierte lichernd. Nach wie vor ging die Paratyflasche im Kreise herum. Biedade erklärte, sie sei müde von dem langen Weg und brachde eine Stärkung, und ließ die Lat dem Wort so häufig folgen, daß sie nach kurzer Zeit vollständig und beinahe sinnlos betrunken war.

Als Joao Romao von seinem üblichen Sonntagsbesuch bei Mirandas zurückkehrte, fand er sie unter allgemeinem Gelächter der Zuschauer herumtaumeln; sie verkündete laut, sie wolle mal zeigen, wie Rita Bahiana den Chorado tanze. Ihren Rock hob sie bis zu den Knien hoch, und als sie versuchte, die Beine zu werfen wie Rita, verlor sie das Gleichgewicht und fiel zu Boden.

Der Hauswirt, in schwarzem Rock und Seidenhut, eilte getadelswegs auf die Gruppe zu, die jetzt um ein Duzend andere Mieter versammelt war, denn alle wollten Biedades

Berliner Reichsbanner tagt.

Appell an die republikanischen Parteien.

Im großen Festsaal des ehemaligen Herrenhauses trat am Sonnabend und Sonntag die alle zwei Jahre stattfindende Generalsversammlung des Bundes der Reichsbanner-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit ungefähr 150 Delegierten zusammen. Als Vertreter des Bundesvorstandes nahmen der Bundesvorsitzende, Kamerad Erhorn, an der Tagung teil.

Der Vorsitzende, Ministerpräsident a. D. Stelling, eröffnete die Tagung mit einer Sympathie Kundgebung für die Opfer des verbrecherischen und feigen Ueberfalls der Nationalsozialisten in Röntgenau. Er verband damit die Hoffnung, daß es der Reichsregierung durch die Annahme des Republikbeschusses gelingen möge, dem politischen Romdntum das Handwerk zu legen. Gauverwalter Reichardt gab einen ausführlichen Geschäftsbericht, aus dem hervorging, daß im Laufe der Berichtszeit die Zahl der Ortsgruppen sich beträchtlich erhöht hat. Die Arbeit der Kreisvereine wurde durch umfangreiches Agitationsmaterial und durch Schulungskurse unterstützt. Den Bericht über die Kassenlage erteilte der Landtagsabgeordnete Fehner. Aus dem Bericht ging hervor, daß ein großer Vermögenszuwachs vorhanden ist, daß es aber wünschenswert ist, für den Ausbau der Agitation noch größere Mittel in die Hand zu bekommen. Reichstagsabgeordneter Franz Künzler wies auf die Zusammenarbeit der republikanischen Parteien mit dem Reichsbanner hin und betonte dabei, daß einzelne Parteien in verschiedenen Fällen Bündnisse mit antirepublikanischen Parteien eingegangen.

Der Sonntagvormittag war einer eingehenden Aussprache über die einzelnen Punkte der Tagesordnung gewidmet, die mit der Kammerwahl des Gauverbandes den Abschluß fand. Zum ersten Gauvorsitzenden wurde einstimmig Ministerpräsident a. D. Stelling wiedergewählt. Zum Kassierer Landtagsabgeordneter Fehner. Die Berliner Kreise der Organisation erhielten in dem Kreisführer Brigg einen neuen Vertreter. Die Sozialdemokratische Partei ist weiterhin durch den Reichstagsabgeordneten Künzler vertreten.

Eine Entschließung nimmt zunächst Bezug auf die Wirtschaftspolitik, die Arbeitseinschränkung und Arbeitslosigkeit. Der Young-Plan wird zu erneuter heftiger und hemmungsloser Hege gegen alle verantwortungsbewußten Republikaner benutzt. Der Ansturm von rechts und links wächst täglich und bedroht den neuen Staat, während die Anhänger der Republik durch das Demonstrationsverbot nicht weniger behindert werden als ihre Gegner. Mehr noch als alles das, so heißt es dann weiter, erfüllt uns ein schwerer Bedauernis die traurige Tatsache, daß mancherorts auch der Zusammenhalt der republikanischen Parteien untereinander gelitten hat. Wenn der Kommunalwahlkampf teilweise mit einer gegenseitigen Verbitterung geführt worden ist, die sich mit der kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit im Reichsbanner schlechterdings nicht verträgt, wenn bei Wahlen in manchen Gemeinden und sogar in manchen Ländern unnatürliche Bündnisse mit nicht republikanischen Parteien gegen republikanische Kameraden geschlossen worden sind, so ist es unsere Pflicht, den Parteien zuzurufen, daß wir diese auch die Gelassenheit des Reichsbanners bedrohende Gegenstände im republikanischen Lager nicht länger dulden wollen, daß wir vielmehr Raum für Mann zusammenstehen müssen gegen die immer drückender ihre Haupt ererbende innenpolitische Reaktion. Die Treue, die wir jederzeit der Republik und ihren Kämpfern erwiesen haben, fordern wir auch von den republikanischen Parteien, deren Schutze wir uns in strenger Ueberparteilichkeit nie und unter keinen Umständen versagt haben und auch nicht versagen werden. Wir erinnern die republikanischen Parteien an ihre republikanische Pflicht.

Geschmacklose Trauerfeier.

Kommunisten demonstrieren mit einem Pappfarg.

Die Kommunisten wollten die Beisetzung der beiden Kommunisten Frischmann und Karowski zu Demonstrationen gegen den Berliner Polizeipräsidenten ausnutzen. Da eine Trauerzug nicht veranstaltet werden durfte, waren auch die Särge mit den Toten bereits am Sonntag nach Friedrichsfelde übergeführt. Die Kommunisten hatten trotzdem ihre Anhänger zu einem Trauerzug nach dem Rüstlager Platz bestellt. Die Polizei hatte jedoch den Platz besetzt und verhinderte Ansammlungen. Am nun trotzdem einen Demonstrationzug zu veranstalten, scheuten die Kommunisten nicht vor der Kofeit zurück, einen Pappfarg auf dem Rüstlager Platz aufzustellen. Diesen Pappfarg wollten sie unter Begleitung von halbwegsigen Demonstrationen durch die Straßen führen. Die Polizei beschlagnahmte die Kruppe. Auch ein Wagen mit uniformierten Rotfrontkämpfern mußte die Fahrt zur Wache ansetzen.

Auf dem Friedhof in Friedrichsfelde sprach Ernst Thälmann an den Grübern der beiden Toten vom 6. März. Nach der „Trauerfeier“ wollten die Kommunisten Demonstrationen bilden, wurden aber von der zahlreich anwesenden Polizei daran gehindert. Es kam am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde zu Zusammenstößen. Die Polizei verhaftete etwa 20 Demonstranten. Auch in der Frankfurter Allee wollten die Kommunisten mehrfach demonstrieren, was ihnen jedoch mißlang.

Rohrbach geht nicht in Konkurs.

Einigung mit dem Reich.

Wie wir erfahren, hat sich der seit Wochen drohende Konkurs der Rohrbach-Werke vermeiden lassen, nachdem zwischen den Inhabern der Firma und dem Reichsverkehrsministerium eine Einigung stattgefunden hat. Das Reich bzw. das Reichsverkehrsministerium beschloß 82 Proz. der Aktien im Betrage von 820 000 M., die Dr. Rohrbach jetzt vom Reichsverkehrsministerium nach einem vereinbarten Zahlungsplan zurückzuerwerben sich verpflichtet hat. Dafür hat die Firma vom R.V.M. einen Betrag von 200 000 M. erhalten, aus dem ein großer Teil der rückständigen Forderungen für Löhne, Gehälter und Forderungen kleinerer Lieferanten gedeckt werden konnten. Da außerdem die französische Regierung sich bereit erklärt hat, weitere kleinere Raten auf die Fertigstellung der von ihr bestellten Komarmaschine zu zahlen, konnte der Betrieb, wenn auch in eingeschränktem Maße weitergeführt werden. Rohrbach hofft, daß, wenn jetzt sein Finanzabkommen mit einer amerikanischen Industriegruppe in Kraft tritt, das Werk mit Aufträgen für die in New York gegründete Gesellschaft versorgt werden wird.

Kommt die Numerierung der Schupo?

Der Polizeipräsident teilt mit: „Zu der Frage der Numerierung der Schupo haben Besprechungen mit den Verbänden und Beamtenvertretern stattgefunden. Im Laufe dieser Woche finden noch weitere Besprechungen statt, so daß voraussichtlich Anfang kommenden Woche der Polizeipräsident an den Minister des Innern berichten wird, dem die Entscheidung über diese Frage zusteht, da sie für ganz Preußen von Bedeutung ist.“

Unschuldig zum Tode verurteilt?

Wiederaufnahmeverfahren im Prozeß v. Diehlgen vor dem Schwurgericht

Osnabrück, 17. März.

Der jenationelle Wiederaufnahmeprozess gegen den 24jährigen Landwirt Hermann v. Diehlgen wegen Ermordung der 20jährigen Emma Hoge begann heute unter ungeheurem Andrang des Publikums vor dem Schwurgericht in Osnabrück. Der Angeklagte wird diesmal von Rechtsanwalt Dr. Sidney Mendel (Berlin), der die Wiederaufnahme des gesamten Verfahrens durchgeführt hat, und Rechtsanwalt Rahardt (Osnabrück) verteidigt. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Kremer, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Ihm.

v. Diehlgen war am 14. Mai 1926 zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Das Todesurteil stellte fest, daß der Angeklagte seine Geliebte mit einem Umhängetuch erdrosselt habe. Während der Angeklagte anfangs bestritten hatte, mit der Hoge zusammengewesen zu sein, legte er vor der damaligen Verhandlung ein Geständnis ab. Dieses Geständnis widerrief er später mit der Begründung, daß er dazu von seinen Mitgefängnissen veranlaßt worden sei. Unter Beteuerung seiner Unschuld verurteilte er, die Wiederaufnahme des Verfahrens zu betreiben, aber immer ohne Erfolg, bis Generaloberarzt a. D. Dr. Borne, der Anstaltsarzt des Zuchthauses in Lüneburg, wo v. Diehlgen seine lebenslängliche Strafe verbüßte, auf Grund der Gerichtsakten Zweifel äußerte, ob die Hoge überhaupt erdrosselt worden oder nicht vielmehr eines natürlichen Todes gestorben sei. Schließlich ordnete das Landgericht die Wiederaufnahme des Verfahrens an.

In der heutigen Verhandlung sind etwa 50 Zeugen und 12 Sachverständige erschienen. Für Geheimrat Strahmann, der infolge einer Operation nicht reisen kann, ist Oberarzt Dr. Weimann vom Gerichtsärztlichen Institut der Universität Berlin an-

wesend. Bei Beginn der Verhandlung erhob sich Rechtsanwalt Dr. Sidney Mendel zur Stellung mehrerer Bemeisanzüge.

Darauf tritt das Gericht in die eigentliche Verhandlung ein. Der Angeklagte von Diehlgen gibt eine Auskunft über die verschiedenen von ihm bestrittenen Stellungen und über einen Sturz vom Pferde, bei dem er sich erhebliche Verletzungen, unter anderem auch am Kopfe, zugezogen habe. Auch als Kind habe er schon von einem Pferd einen Aufschlag am Kopfe bekommen. Nach seinem Sturz mit dem Pferde habe er häufiger Schwindelanfälle gehabt, und er sei manchmal nicht „geistesfähig“ gewesen. Auch in der Haft habe er solche Schwindelanfälle gehabt. Der Vorsitzende verweist darauf, daß der Angeklagte zum ersten Male im Jahre 1927 von diesen Anfällen Mitteilung gemacht habe. Der Angeklagte ist einmal vorbestraft wegen Untüchtigkeit zur Ausrückung im Jahre 1925, und zwar mit 6 Monaten Gefängnis, für die er aber Bewährungsfrist erhalten hatte. Der Angeklagte bestreitet, am 18. November in Halle gewesen zu sein, weil niemand von der Schreie gefahren sein, wo er sich mit einem Mädchen treffen wollte. Da er es verweigert habe, sei er nach seiner Dienststelle zurückgeführt. Der Angeklagte bestreitet, daß er sich zu einem Geständnis selbst gemeldet habe, er sei nur durch einen gewissen Wager, mit dem er zusammen saß, dazu veranlaßt worden. Nachdem der Zeuge Wager diese Angaben als unrichtig bezeichnet und erklärt hätte, von Diehlgen sei freiwillig zu dem Geständnis gekommen, er habe auch selbst Vorführung vor dem Untersuchungsrichter verlangt, sagt nach weiteren Vorhaltungen der Angeklagte: „Ich bin vollkommen unschuldig, ich weiß auch nicht, wer die Hoge gemurgt hat. Ich habe Personen angegeben, die mit ihr verkehrt haben. Ob es einer von ihnen war, weiß ich nicht.“ Bei der weiteren Vernehmung des Angeklagten bleibt dieser dabei, daß er mit der Hoge nicht intim verkehrt habe.

Selbstschutz der Erfinder.

Ein sicherer Weg zum ehrlichen Erfolg.

Was mögen die Beweggründe sein, die jährlich 200 000 Erfinder zum Reichspatentamt treiben? Was hat sich z. B. ein Erfinder gedacht, der, der Natur fast tausendfach nachgebildet, eine „künstliche Sau“ erfand, an der mütterliche Fortel saugen und herumkriechen können? Dem Kopf eines Landwirts kann der Plan nie entspringen sein.

Der Reichsverband Deutscher Erfinder, dessen Geschäftsräume sich im „Haus der Technik“ in der Friedrichstraße befinden und der dort ein eigenes Musterlager unterhält, hat sich zur Aufgabe gestellt, die Interessen der Erfinder nach allen Seiten hin zu vertreten. Er will sie vor allem vor der Ausbeutung gewissenloser Patent-Verwertungsbüros schützen. Er selbst erhebt nur eine mäßige Vereinsgebühr und einen Unkostenbeitrag für die Ausstellung. Gelangt ihm die Verwertung eines Patentes seiner Mitglieder, so erhebt er nur 7 Prozent Provision. In allem zeigt es sich, daß dieser Verein eine Notwendigkeit für die Erfinder ist, deren größter Teil nie daran denken konnte, je einmal in den Genuß ihrer Arbeit zu gelangen. Im ersten Jahr seines Bestehens hat der Verein bereits 96 000 Mark durch Verkauf von Patenten oder Vermittlung der Lizenzen erzielt.

Die Frage lautet aber auch hier wieder: Ist der Verein dazu da, jede bizarre, aussichtslose Sache seiner Mitglieder anzunehmen und sie auszuliegen? Bei vielen der ausgestellten Dinge müßte man es verneinen! Jemand hat z. B. einen Reialspiegel als Besetzstein „erfunden“, aber den Geschmack läßt sich streiten. Ein Bergmann hat die gute Idee, über die Lederlappe der Holzpantoffeln noch eine Blechhaube zu befestigen, um die Füße vor Unfällen oder Verbrennungen zu schützen. Die verhängnisvolle Ursache so vieler zerstückelter Handtücher, die Rasierklinge, wird bei einem kleinen Lechnapparat zwischen zwei Flüssigkeiten zum Trocknen gelegt, zweifellos ein Wassenschlager. Sehr gut ist die übrigens nicht mehr unbekannt Anordnung einer Papierrolle an Operationsstühlen, die die schnell und bequem mit einem frischen Papierüberzug versehen. Durchaus ernst zu nehmen ist auch eine Abfüllvorrichtung für Säureflaschen, die mit einer Luftpumpe angefaßt wird. Wenn man erzählt, daß heute noch Arbeiter gezwungen sind, gefährliche Säuren mit dem Mund auszusaugen, wobei häufig Verbrennungen und Vergiftungen entstehen, so müßte das Reichsgesundheitsamt sich für diesen technischen Fort-

schrift interessieren. Eine Selbsttränke für das Knie schließt und öffnet durch Klappvorrichtung die Wasserzufuhr. Praktisch ist auch eine Armbühse am Steuerrad für Chauffeure, die die Müdigkeit des Armes behebt und daher eine größere Fahrtsicherheit schafft.

Aus den Stichproben wird man erkennen, daß tatsächlich viele neue und nützliche Dinge erfunden werden. Die Erfinder sind auf dem Plan; es handelt sich nur noch darum, daß Jemand aus dem großen Angebot das wirklich Brauchbare herauszufinden. Diese Erfindungen stammen von kleinen Handwerkern und Arbeitern, die nur mit Mühe die hohen Gebühren für die Patenterteilung aufbringen konnten; ihnen kommt dieser Selbstschutz der Erfinder in erster Linie zugute.

Lloyd übernimmt „Europa“.

Bremen, 17. März.

Laut Juntspruch von Bord des Schnelldampfers „Europa“ des Norddeutschen Lloyd über den weiteren Verlauf der Abnahmefahrt sind die an der norwegischen Küste abgehaltenen Reisenfahrten heute vorzeitig beendet worden. Die Ergebnisse sind in jeder Weise außerordentlich befriedigend. Am Samstag um 4 1/2 Uhr wurde dann auf der Höhe von Horns-Hiff das Schiff namens der West Lloyd u. Voh durch Direktor Rehnstiel des Norddeutschen Lloyd übergeben und von Generaldirektor Claessel übernommen. Nach dem Flaggenwechsel dankte der Führer der „Europa“, Comodore Johnsen, für das ihm durch die Uebertragung der Führung gewährte Vertrauen; er schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf das deutsche Volk und den deutschen Reichspräsidenten.

Friseurwettbewerb im Zoo.

Im Zoo wurde der 21. internationale Friseurwettbewerb des Damenfriseur- und Perückenmachergehilfenvereins Berlin 1884 um den „großen Preis von Deutschland“ ausgetragen. Und wie die Wannegänger die Interpreten der modischen Kleidung sind, die mit nimmermüder Grazie und gleichem Wächeln der wissenschaftlichen Weisheit zeigen, was man trägt, so leihen und neigen die Friseurmodelle ihr gebuldig Haupt stundenlang den geschickten Fingern eines modernen Figaro. Es wird zwar nicht stundenlang frisiert, aber die Präparation des Haares zur Schaffung einer so charmant schönen Frisur erfordert allerhand Zeit. Das A und O eines gut frisierten Haares ist die Dauerwelle, zu deren Erlangung das Haar vielfach gemischt und dann unter Dampf gesetzt wird. Atmosphärischen Temperaturregler (gleich) sitzen die Mädchen ernst und gebügend, der Kopf mit 40 bis 50 silberglänzender Stäbchen geziert, nach einer Weile werden sie zur helmschirmähnlichen Amazona, das Kopfband beginnt. Ist diese Prozedur beendet, dann geht es ans eigentliche Frisieren. In langen Spiegelstücken sitzen dann die Modelle — 45 an der Zahl — und liebesvoll drückt und legt, zupft und quetscht der hinter ihnen stehende Friseur das Haar in die richtige Lage. Bei Musik und zahlreicher Zuschauerhaft „vom Bau“, strengstens kontrolliert von den Upparteilichen, beginnt der Wettbewerb, 30 Minuten für das Legen der Haare, weitere 30 Minuten für die Frisur. Und jeder gibt sein Bestes. Aus Oesterreich und Holland, aus Schweden, Frankreich und Jugoslawien sind Teilnehmern angelassen. Modefarbe ist ein tiefes kastanienbraun — wer es nicht besitzt, der „färbt“ es eben —, die Modefrisur zeigt Ohrenfreiheit bei meistfrisiertem, vollem Haar, mit toleanten Stirnbindchen, seitlich oder in der Mitte. Der Schnitt ist der normale Pudelpopf, die langen „Aufschößen“ sind passé. Der erste Tag zeigt Tages- und Gesellschaftsfrisuren, ausgeführt in Wasserwellen und Eichenondulation, der zweite Tag die Possidierfrisur, wobei der Phantasie Verwendung haariger Requisiten keine Grenze gesetzt ist, dann, außer Konkurrenz, historische Wiener und Alt-Berliner Frisuren.

Keine Beteiligung der Stadt an der Festspielwoche.

Die Deputation für Kunst und Bildungswesen beschloß in der letzten Sitzung auf Grund des Beschlusses der Stadtvorstanderversammlung, dem Magistrat zu empfehlen, sich an der Berliner Festspielwoche nicht zu beteiligen.

Feuer in Lichterfelde. Gestern abend brach in dem Lagerkeller einer Möbelfabrik in Lichterfelde, Hindenburgdamm 59a, Feuer aus. Die Feuerwehrt war mit zwei Löschzügen zur Stelle. Infolge sehr starker Berqualmung konnten die Löscharbeiten nur mit Sauerstoffapparaten gegen den Brandherd vordringen. Das Feuer wurde unter Einsatz von drei Schlauchleitungen niedergelämpft.

Das ideale Laxin Abführ-Konfekt



Das Programm des Sonntags steht im Zeichen des Volkstrauertages, es ist gewissermaßen schwarz umrandet, aber gegenüber den anderen Jahren zeigt der Berliner Rundfunk eine ausgesprochen pazifistische Haltung. Jedenfalls ist die Abendveranstaltung „1914—1918. Deutsche Kriegsbücher“ auf diesen Ton abgestimmt. Während früher die Redaktionsäle an solchen Tagen kultiviert wurde, tritt jetzt eine bewußt den Krieg ablehnende Tendenz in die Erscheinung. Das bedeutet eine Tat, besonders da an anderen Orten nur kriegerische Parolen erklingen. Der Leiter Elbess Köppen stellt Dichtungen, Briefe, Selbstbekenntnisse und Musik betart zusammen, daß das Gefühl des Krieges ungeschminkt in seinem ganzen Grauen erscheint. Am stärksten wirken die Briefe und die persönlichen Bekenntnisse. „Lacht die Generale und die Minister an die Front gehen, und wir haben keine Kräfte mehr“, dies ist eins der Leitmotive. Jedenfalls bemüht sich der Rundfunk diesmal um Wahrheit, frei von jedem Pathos und jeder Verlogenheit, und dies ist ein erfreulicher und verheißungsvoller Schritt.

Der Vortrag Dr. Ernst Rathes am Montag über „Suggestion und Hypnose“ will keine eindeutige Erklärung dieser Phänomene geben, sondern nur eine Beschreibung, und es handelt sich um eine sehr gute Beschreibung. Vielleicht ist diese Beschränkung lobenswert, da auch Erklärungen noch immer kein abschließendes Gebiet erreicht haben. Arthur Holtscher geht in seiner Untersuchung „Der Reger wird heller“ von keiner der Tatsachen fällenden Sentimentalität aus. Er erklärt, daß der Reger in allen Vereinigten Staaten noch nicht zu proletarischem Bewußtsein und zur Solidarität erwacht ist. Der Dialog „Ungedruckte Literatur“ zwischen Oskar Voerke und Hermann Kasack erörtert zuerst den Beruf des Verlagsleiters. Voerke, Vektor in einem großen Berliner Verlag, versucht dem Hörer einen Ueberblick über die Fülle der eingelangten Manuskripte zu bieten. Ungefähr 1000 Manuskripte gehen jährlich durch Voerkes Hände. Die Zahl der ungedruckten Manuskripte bleibt Region. Meistens handelt es sich dabei um ausgesprochenen Dilettantismus. Was Voerke an Briefen solcher Schriftsteller vorliest, bedeutet den Höhepunkt an Selbstüberhöhung. Was aber hier in diesem Dialog geschärdert wird, ist die Tragödie der Verhinderter. F. Sch.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 18. 3. Staats-Oper Unter d. Linden...

Winter Garten 8.15 Uhr zentr. 2010 Rondon erleucht...

Staats-Oper Am Platz der Republik Vorst. 46...

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 A 4 Zentrum 926-927...

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzby. 20 Uhr Das Friedensfest...

Operettenhaus Alte Jakobstr. 30/32 (Zentral-Theater) Täglich 8 1/2 Uhr...

SCALA Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr, 8 5 Barb. 9230 Pr. 1-6 M...

Barnowsky - Bühnen Theater in der Königsplatz Straße...

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 3 u. 8 1/2 Alex. E. 4, 8066...

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Das Friedensfest...

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr Lothringer Straße 37...

Deutsches Theater D 2 Woldendamm 5281 Tägl. 8 1/2 Uhr...

Wieder ein neuer Schlager Der wahre Jakob...

Hotel Stadt Lemberg Musik von Gilbert Leo Schifferdort...

Die goldne Meisterin (Craute Rose) Große Wiener Ausstattung...

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132 Billettkasse: Alex. 3422 und 3494...

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

SARRASANI Tel. Baerwald 4335-36, 0800, 0850...

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Hulla di Bulla Schwank von Arnold und Bach mit Guido Thielen...

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

HAGENBECK im Bach-Gebäude Unwiderruflich letzte Vorstellung...

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7314 8 1/2 Uhr...

Gross-Dorlin Alexanderplatz

GROSSER KAWASCHTUMEL VERKAUF

EXTRA GÜNSTIGE PREISE

Table listing various food items and their prices, including Stangen-Spargel, Junge Erbsen, and Gemischtes Gemüse.

KARSTADT U-BAHNHOF HERMANNPLATZ- DER KARSTADTBANNHOF

GROSSES SCHAUSPIELHAUS 8 Uhr: Nur noch 44 Vorstellungen! 3 Musketiere...

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Leibhaus Strickerei 88. Verkauf von...

Möbel Röhrländer merle Kuchel und her...

Musikinstrumente Hoffmann Flauto, Stummhaus...

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2 Steffiner-Sänger...

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2 Steffiner-Sänger...

Möbel Röhrländer merle Kuchel und her...

Musikinstrumente Hoffmann Flauto, Stummhaus...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Achtung, Schnittpbeiter!...

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2 Steffiner-Sänger...

Möbel Röhrländer merle Kuchel und her...

Musikinstrumente Hoffmann Flauto, Stummhaus...

Rotationsvervielfältiger 25 Mk. nur Köhler & Buchloh, Friedrichstr. 43.

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2 Steffiner-Sänger...

Möbel Röhrländer merle Kuchel und her...

Musikinstrumente Hoffmann Flauto, Stummhaus...

Verkäufe Bekleides-Zeppiche 2x2 12...

Reichshallen-Theater Abends 8 Sonntag nachm. 2 Steffiner-Sänger...

Möbel Röhrländer merle Kuchel und her...

Musikinstrumente Hoffmann Flauto, Stummhaus...

Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt.

Bis Ende Februar noch keine saisonmäßige Erholung.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beginnt ihren jüngsten Wochenbericht (für die Woche vom 3. bis 8. März 1930) mit den Worten:

„Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit kam in der Berichtswoche zum Stillstand. Die Zugänge von neuen Arbeitsuchenden konnten erstmals durch die Abgänge an Arbeitslosen ausgeglichen werden. Die Frühjahrsbelebung in den Außenberufen liegt, wenn auch unsicher und zögernd, langsam an; das konjunkturelle Absinken des Beschäftigungsgrades setzte sich ruhiger als in den Vorwochen fort. So kam das Gleichgewicht dadurch zustande, daß die aufsteigenden Kräfte etwas stärker und die abgleitenden etwas schwächer geworden sind.“

Der eingetretene Umschwung ist allerdings noch nicht sehr ermutigend: die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist von 2378521 am 28. Februar auf etwa 2363000 zurückgegangen, die Zahl der Unterstützten in der Krisenfürsorge ist von 277202 um etwa 1000 weiter gestiegen, ebenso wie die Zahl der Ausgesteuerten. Jedenfalls meint die Reichsanstalt, daß der Höhepunkt der winterrlichen Arbeitslosigkeit in diesem Jahre ebenso wie im Vorjahre am Ende des Monats Februar lag.

Die Berichte der dem ADGB. angeschlossenen Verbände beziehen sich auf Ende Februar, d. h. auf den Zeitpunkt des Tiefstandes der gesamten Wirtschaft. Im großen und ganzen bestätigen sie das Bild, das sich bereits aus den Berichten des Monats ergab, nämlich eine Verlangsamung der Abwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt. Im Januar war die Verschlechterung der Lage nicht so stark wie im Dezember, im Februar nahm die Arbeitslosigkeit in noch geringerem Maße zu. Der Umschwung machte sich aber bis Ende Februar noch nicht fühlbar.

Table with 4 columns: Monatsende, waren arbeitslos in der Konjunkturgruppe, in der Saisongruppe, in der Kurzarbeit. Rows for October 1929, November 1929, December 1929, January 1930, February 1930.

Im Durchschnitt für sämtliche Verbände ist die Arbeitslosigkeit von 22,2 Proz. auf 22,7 Proz. und die Kurzarbeit von 10,6 Proz. auf 12,5 Proz. gestiegen; von 4230451 von den Berichten erfassten Gewerkschaftsmitgliedern waren 1002314 arbeitslos. Unter Umrechnung der Kurzarbeit auf die Vollarbeitslosigkeit betrug die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern Ende Januar rund 25 Proz. und Ende Februar etwa 27 Proz. Im Vorjahre waren zu demselben Zeitpunkt 22,3 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und weitere 8,5 Proz. standen in Kurzarbeit, im ganzen betrug also die Arbeitslosigkeit 24,4 Proz. In diesem Jahre lag also

die winterrliche Arbeitslosigkeit merklich über dem Niveau des sehr kalten Vorjahrs winters.

Eine Verschlechterung war im Februar in der Saisongruppe ebenso wie in der Konjunkturgruppe zu verzeichnen. Es ist aber zu betonen, daß der weitere Rückgang der Beschäftigung in der Saisongruppe diesmal wieder auf die Witterungseinflüsse noch auf die saisonmäßige Unterbrechung der Bauarbeiten zurückzuführen ist. Das Institut für Konjunkturforschung hat in seinem letzten Wochenbericht (Nr. 50) verurteilt, die Abweichung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe von dem Stand zu ermessen, der sich durch die Witterungsbedingungen ergeben müßte. Es kommt dabei zu dem Schluß, daß diese Abweichung im Winter 1929/30 den größten Umfang seit der Währungsstabilisierung erreichte: „Die Finanzierungsschwierigkeiten im Wohnungsbau und die Einschränkung der öffentlichen Aufträge“, schreibt das Institut für Konjunkturforschung, „finden darin ihren Ausdruck. Hingzu kommt freilich ein allmähliches Anwachsen der strukturellen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, das durch die Zunahme in der Zahl der Bauarbeiter einerseits und die Rationalisierung der Bautechnik andererseits bedingt ist.“ Allerdings blieb

die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern

Ende Februar etwas hinter dem Stand des Vorjahres (wo sie durch die Witterungskatastrophe bedingt war) zurück:

Table with 6 columns: Beruf, Ende Dezember 1929/30, Ende Januar 1930, Ende Februar 1930, Ende Dezember 1928/29, Ende Januar 1930, Ende Februar 1930. Rows for Maurer, Steinarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Tiefbauarbeiter, Stuckateure, Zimmerer, Maler, Dachdecker.

Im Durchschnitt für die gesamte „Saisongruppe“ betrug die Arbeitslosigkeit Ende Februar 1929: 68,1 Proz., Ende Februar 1930: 59,5 Proz.

In der „Konjunkturgruppe“ ist die gegenwärtige Beschäftigung erheblich schlechter als im Vorjahr:

Im Winter 1928/29 war der Tiefstand Ende Februar mit 11,4 Proz. erreicht, in diesem Jahre waren zu demselben Zeitpunkt 15 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos.

Besonders verschlechterte sich im Februar die Lage im Bergbau, der chemischen Industrie und Metallindustrie sowie im Holzgewerbe und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. In jedem einzelnen Fall ließ sich der Rückgang der Beschäftigung auf besondere Faktoren zurückführen, aber die Gesamtheit dieser Wirkungen kennzeichnete die weiter abgleitende Konjunktur.

Table with 4 columns: Ende Dezember, Ende Januar, Ende Februar, Ende März. Rows for Bergarbeiter, Chemische Industrie, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Tabakarbeiter.

Unverändert oder fast unverändert blieb die Lage in der Textilindustrie, im graphischen Gewerbe und in der Lederindustrie. Eine leichte Besserung ließ sich im Bekleidungsgebiete erkennen.

Hemmungen und Voraussetzungen einer Besserung.

Sobald man bereits im Februar den Anfang einer Wirtschaftsbesserung erwarten konnte, bringen die Februarberichte der Verbände eine Enttäuschung. Wenn man aber genauer untersucht, ist die weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt nicht verwunderlich. Freilich wurde das Minus durch die vierfache Diskontierung in diesem Winter geleistet, zahlreiche wichtige Geschäftsabschlüsse haben bewiesen, daß die Rentabilität der „Wirtschaft“ keineswegs bedroht ist, die Kreditwürdigkeit ist wieder etwas größer und der Außenhandel blieb günstig. Man hätte also einen allmählichen Wiederaufstieg der Produktion und Neueinstellungen schon erwarten dürfen. Aber der mit Steuererleichterungen bewußt geführte Wirtschaftspessimismus und Schachts Youngplan-Demonstrationen hielten die Initiative und die Unternehmungslust der Privatwirtschaft stärker zu Boden, als es aus den wirtschaftlichen Tatsachen selbst gerechtfertigt war. Der finanzielle und reparationspolitische Zweifelsknoten hat sich an der Wirtschaft selbst gerächt.

Die Annahme des Young-Plans, das Verschwinden Schachts, die bald zu erwartende Auslösung der Reparationsanleihe, die sich weiterhin bessernde Situation auf dem internationalen Kapitalmarkt,

Bilanzkünstler GdA. Die Kunst des Schweigens.

Uns wird geschrieben: Die Bank des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA), die „Deutsche Wirtschaftsbank Aktiengesellschaft“, verleiht ihren Geschäftsbericht über das Jahr 1929. Auf diesen Bericht konnte man gespannt sein im Hinblick auf die von dieser Bank betreuten GdA-Betriebe, die unter den Firmen „Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H.“, „GdA-Buchvertrieb G. m. b. H.“ und „R. Boll, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.“ laufen. Hat sich doch die gesamte Deffektivität mit diesen Betrieben anlässlich der Kassenunterschlagungen des nach Amerika geflüchteten Direktors dieser Betriebe, Dr. Matthiesen, lebhaft beschäftigt. Wenn man nun meint, der Geschäftsbericht würde den Gläubigern der GdA-Bank einige Aufklärungen über Umfang und Abwicklung dieser Verlustgeschäfte geben, so befindet man sich im Irrtum. Kein Wort wird davon gesprochen. Statt dessen erklärt der auf ganz 22 Zeilen komprimierte Bericht:

„Unsere Beteiligungen bei den Gesellschaften Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., GdA-Buchvertrieb G. m. b. H. und R. Boll, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. haben wir im Laufe des Geschäftsjahres zum Buchwert veräußert, woraus sich die Ermäßigung des Bilanzkontos „Wertpapiere“ erklärt.“

Also: G. m. b. H.-Beteiligungen werden einfach als Wertpapiere ausgewiesen. Wo ist die Börse, die die Kurse derartiger „Wertpapiere“ notiert? Es muß ja für die berufliche Tätigkeit der deutschen Angestellten das schlimmste befürchtet werden, wenn etwa derartige Buchungsbemerkungen in den GdA-Wettbewerben und -Bildungskursen als Muster dienen. Es besteht ein besonderes Beteiligungskonto, aber dieses hat man — sicher des guten Eindrucks wegen — auf 1 W. abgeschrieben. Und jetzt sind die saulen Beteiligungen, die nach einem Vergleich mit dem vorjährigen Konto „Wertpapiere“ einen Wert von etwa 1 520 527,50 M. gehabt haben müssen, „zum Buchwert veräußert“.

Warum wird nur der Käufer so schamhaft verschwiegen? Sollte es etwa der GdA selbst sein?

Im übrigen ist die „Deutsche Wirtschaftsbank Aktiengesellschaft“ überhaupt ein Nektar unter allen deutschen Banken. Sie verfügt über ein Aktienkapital von nur 250 000 M. und hat gegenüber ihren Gläubigern Verpflichtungen von 17,8 Millionen Mark. Es sind also ganze 1,4 Proz. des fremden Kapitals durch Eigenkapital gedeckt. Bileicht könnte man das durchgehen lassen, wenn der GdA sich selbst für die Einlagen verbürgt hätte. Aber soweit bekannt, ist das in rechtlich einwandfreier Form bisher nicht geschehen.

Arbeiterklasse und Aktienrechtsreform. Die Stellung der Sozialdemokratie.

Im „Magazin der Wirtschaft“ wendet sich Prof. Ruffbaum gegen unsere beiden Aufsätze vom 27. Februar und 2. März über die Aktienrechtsreform und zieht aus ihnen den Schluß, die Sozialdemokratie zeige sich im Grunde genommen desinteressiert; sie begnüge sich mit der Forderung nach Verbesserung der Publizität, bemängelt aber grundsätzlich nicht die Verwaltungsherrschaft innerhalb der Aktiengesellschaften. Es freut uns, daß Prof. Ruffbaum, ähnlich wie das „Berliner Tageblatt“, von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß eine wirklich durchgreifende Aktienrechtsreform nur durchzuführen ist, wenn die Sozialdemokratie sich mit Energie hinter sie stellt und sie vorantreibt. Denn von den an mächtige großkapitalistische Kreise gebundenen bürgerlichen Parteien ist in der Tat eine energische Förderung der Aktienrechtsreform nicht zu erwarten: Die Demokraten haben zum Beispiel ihren Fischer, und das Zentrum hat zum Beispiel seinen Altköner. Aber Prof. Ruffbaum befindet sich in einem bedauerlichen Irrtum, wenn er meint, daß die Sozialdemokratie sich ausschließlich für die Frage der Publizität interessiert.

Gewiß die Frage größere Publizität steht im Mittelpunkt des sozialistischen Interesses an der Aktienrechtsreform, wie wir schon oft und mit durchschlagenden Gründen betont haben. Aber neben ihr gibt es eine ganze Reihe anderer Fragen, in denen die Sozialdemokratie einen Standpunkt vertritt, der den Reformvorschlügen der bürgerlichen Handlungspresse mehr oder weniger parallel läuft. Prof. Ruffbaum hält für das Grundübel der heutigen Aktienpraxis die Willkürherrschaft der Verwaltungen der Aktiengesellschaften. Die sozialdemokratische Presse ist nicht müde geworden, dieses Übel zu bekämpfen. Wir wenden uns gegen die Freibestimmung der Verwaltungsmacht durch Stimmrechtsaktien und Vorkaufsaktien, wir wenden uns gegen die Bergemöglichkeit der Einzelaktionäre durch Bezugsrechtsmanipulationen, übermäßige Tantiemen

die fortgeschrittene Sanierung der öffentlichen Finanzen, die immer höherere Senkung des Preisniveaus sind aber günstige Zeichen eines bald zu erwartenden Wirtschaftsumschwungs, der zwar nicht stürmisch nach oben führen, der sich aber trotz des Unternehmerpessimismus durchsetzen wird.

Maschinenbau noch nicht besser.

Nach dem Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten hat der Monat Februar für die Maschinenindustrie erneut einen Rückgang der Geschäftslage gebracht, der sich auch auf das im Januar noch etwas verbesserte Auslandsgeschäft erstreckte. 80 Prozent der Firmen bezeichneten den Auftragsrückgang aus dem Inland und aus dem Ausland als ungenügend; der an der tatsächlich geleisteten Arbeiterstundenzahl gemessene Beschäftigungsgrad sank im Februar seine rückläufige Bewegung noch fort. Teilweise leichte Besserungen ergaben sich nur beim Bau von Holzwerkzeugen, im Kranbau, im Zubehörmaschinenbau und beim Bau von Lokomotiven.

Der Verlauf der Leipziger Technischen Messe habe ein wesentlich lebhafteres Interesse der Abnehmer, besonders bei den sehr zahlreich erschienenen Ausländern, gezeigt. Eine Auswirkung dieses Käuferinteresses zu tatsächlichen Geschäftsabschlüssen könne aber nur dann erwartet werden, wenn die Regierung durch ihre Wirtschaftspolitik das allgemeine Vertrauen zur Stabilität unserer Verhältnisse und zu einer gesunden Weiterentwicklung Deutschlands stärke, ohne das ein baldiger Wiederaufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht herbeigeführt werden könne. Es sei keine Zeit mehr zu verlieren, um der Wirtschaft auch durch die Durchführung der oft angekündigten Finanzreform endlich die Erleichterung zuzuführen, deren sie dringend bedarf.

usw. Herr Ruffbaum irrt also, um es nochmals zu sagen, wenn er glaubt, daß wir an diesen Dingen desinteressiert seien, als an einer inneren Angelegenheit des Kapitalismus, die die Sozialdemokratie nichts angeht.

Der Kapitalismus und seine Angelegenheiten gehen den Arbeiter, der im Kapitalismus leben muß und von ihm noch abhängig ist, sehr viel an, gerade weil er ihn überwinden will. Aber eben deshalb ist uns nicht das Interesse der kapitalistischen Einzelaktionäre als solches heilig, sondern unser Ziel ist darauf gerichtet, die gesamtgesellschaftlichen Interessen auch innerhalb der Aktiengesellschaft zur Geltung zu bringen, wenn es sein muß, nicht nur gegenüber den Verwaltungen, sondern auch gegenüber den Einzelaktionären. Dies unser grundsätzlicher Standpunkt zur Frage der Aktienrechtsreform. Aber im einzelnen werden viele Reformvorschlüsse der kapitalistischen Handlungspresse nicht nur in der Frage der Publizität, sondern auch in einer Reihe anderer entscheidender Fragen ihre politischen Vorläufer in der Sozialdemokratie finden, und nicht bei jenen Parteien, denen diese Presse dient.

Aufschwung im Siegerland. Buderus-Dividende von 5 auf 6 Proz. erhöht.

Von der starken schwerindustriellen Konjunktur des letzten Jahres hat auch der vom Staate subventionierte Siegerländer Erzbergbau kräftig profitiert. So kann das größte Montanunternehmen in diesem Revier, die Eisenwerke Buderus A.-G. in Weislar ihre Dividende von 5 auf 6 Proz. heraussetzen. Der Betriebsgewinn hat sich von 4,6 auf 5,1 Millionen erhöht, und der Reingewinn wird nach Abhebung erhöhter Abschreibungen von rund 1,5 Millionen Mark mit 2,13 gegen 2,08 Millionen ausgewiesen.

Für den weiteren Ausbau der Betriebe wurden im Berichtsjahr 2,26 Millionen Mark neu in die Anlagen gesteckt, die „über Betrieb“ aus laufenden Gewinnen bezahlt wurden. Damit ist das Rationalisierungsprogramm bei Buderus aber noch nicht beendet. So sollen aus dem fast eine Million Mark betragenden Gewinn, der trotz der Dividendensteigerung zur Verteilung an die Aktionäre nicht in Anspruch genommen wird, 800 000 Mark einer Sonderrücklage für Hochlofenerneuerung überlesen werden. Die hierüber hinausgehenden Baukosten werden durch die Abschreibungen gedeckt. Die Selbstfinanzierung bei Buderus beweist, daß auch bei den großen Unternehmungen des Siegerländer „Rohlandsgebietes“ eine recht kräftige Kapitalbildung im Schwünge ist.

Der Gesamtumsatz des Unternehmens stieg 1929 von 45,1 auf 49,4 Millionen, also um 9,4 Proz. Die Umsatzsteigerung im Vorjahr belief sich auf 8 Proz. Die Behauptung der Verwaltung, daß infolge der seit Juni 1928, dem Beginn der staatlichen Subventionen, eingetretenen Schichtloohnerhöhungen von 1,65 Mark eine Selbstkostenvermehrung um 2 Mark je Tonne eingetreten sei, scheint uns vollständig aus der Luft gegriffen zu sein. Von den in der gleichen Zeit eingetretenen Leistungssteigerungen der Arbeiterklasse und dadurch entstandenen Selbstkostenentlastungen wird kein Wort erwähnt. Daß die Leistungen je Mann und Schicht sich ganz bedeutend erhöht haben, wird aus folgender Entwicklung ersichtlich:

Table with 3 columns: Belegschaft, Umsatz. Rows for Ende 1927, Ende 1928, Ende 1929.

Während also der Gesamtumsatz in den letzten beiden Jahren um fast 10 Proz. gewachsen ist, hat die Belegschaft nicht zugenommen, sondern sich sogar noch verringert. Das Beispiel zeigt, wie leichtfertig die Unternehmer mit der „Leistungssteigerung“ operieren, wenn sie ein besonderes Ziel im Auge haben. In diesem Fall sollen offenbar der preußische Handelsminister Schreiber und der Landtag von der Notwendigkeit weiterer Subventionen für den Siegerländer Erzbergbau überzeugt werden.

Gemeinschaft Berliner Schraubenfabriken.

Die drei Berliner Schraubenwerke, Deutsche Industrie-werke A.-G., Berlin-Spandau, Abteilung Schraubenfabrik, Carl Hesse u. Brede G. m. b. H., Abteilung Schraubenfabrik, sowie die Norddeutsche Schrauben- und Metallwerke A.-G., Berlin-Niederschönhausen, Abteilung Handlungsschrauben, haben sich für die Herstellung roher Schrauben zu einer Fabrikations- und Verkaufsgemeinschaft unter der Firma „VDEW, Vereinigte Berliner Schraubenwerke G. m. b. H.“ mit Sitz in Berlin-Niederschönhausen zusammengeschlossen.

Metallarbeiter, schließt die Reihen!

Ein Appell Ulrichs zur Einigkeit.

Die Generalsammlung der Berliner Metallarbeiter gestern abend im Gewerkschaftshaus hatte sich zunächst mit Demonstrationsträgern zu beschäftigen, die das eine Mal von der brandieristischen, das andere Mal von der linientreuen „Opposition“ gestellt waren. Die Anträge enthielten die bekanntesten Parolen. Je nach der Fraktionszugehörigkeit der Antragsteller stimmten die 10 bis 15 Brandieristen oder Linientreuen für ihre Anträge, während die ungefähr 400 Delegierten der Amsterdamer Richtung die kommunistischen Anträge ablehnten. Einmütig angenommen wurde dagegen ein Antrag der Arbeitsgerichtsvertreter der Organisation, eine Veränderung des Betriebsratsgesetzes herbeizuführen, damit der in diesem Gesetz vorgesehene Entlassungsschutz auch auf die Arbeiter ausgedehnt wird, die in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitern beschäftigt sind.

Aus dem Kassenbericht, der zu Beginn der Versammlung vom Genossen Schmidt erläutert wurde, ist zu entnehmen, daß der Kassenbestand der Lokalkasse im vierten Quartal 1929 um 47 544 Mark auf 1 308 569 Mark gestiegen ist.

Am Schluß der Generalsammlung, die von der 30-Männer-Opposition künstlich in die Länge gezogen wurde, ging der Bevollmächtigte Genosse Ulrich auf die zwischenzeitliche Lohnforderung an den Verband Berliner Metallindustrieller ein. Seit längerer Zeit schon hat sich die Ortsverwaltung bemüht, durch

direkte Verhandlungen mit dem BBRJ noch während der Laufzeit des Lohnvertrages eine zwischenzeitliche Aufbesserung der Löhne zu erwirken. Der BBRJ hat den Antrag der Organisation abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der unseren Verbände angeschlossenen Betriebe in viel höherem Maße eingetreten ist als in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiterschaft.

Diese ablehnende Haltung der Metallindustriellen erfordert gebieterisch, die auf die gewerkschaftliche Zersplitterung hinzuliefernden Parolen der SPD. energisch zu bekämpfen und noch viel intensiver als bisher für die Organisation zu werben. Die Aktionsfähigkeit der Organisation muß in den nächsten Monaten so gestärkt werden, daß der Verband nicht nur in den Stand gesetzt wird, beim Ablauf des Lohnvertrages im September eine nennenswerte Lohnzulage zu erwirken, sondern vor allem bei den kommenden Kantalarifverhandlungen im Juli endlich die dringend notwendige Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Die mit hartem Beifall aufgenommene Mitteilung des Genossen Ulrich, daß bereits mehr als 1000 Mitglieder der etwa 2000 Mitglieder zählenden Eisenformerbranche die Erklärung abgegeben haben, den von der KPD. herausgegebenen Parolen zur Spaltung dieser Branche nicht zu folgen, sondern auch weiterhin treu zur Organisation zu stehen, zeugt für die Organisationstreue der Metallarbeiter.

Überstunden. Nachfolgende Entschließung wurde zu diesem Punkt angenommen:

... Die Auffassung der versammelten Personalvertretungen ist, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft als öffentliches Unternehmen verpflichtet ist, auch in Zeiten niedergehender Konjunktur

Entlassung von Personal zu vermeiden.

Trotz des Bestrebens der Verwaltung, die Befähigten in der Bahnunterhaltung unterzubringen, besteht die Gefahr der Entlassung für die betroffenen Kollegen im Herbst. Die Betriebs- und Beamtenträte von der Reichsbahndirektion wirken darauf hin, daß bei dem in Aussicht stehenden Wiederanstieg des Verkehrs die zur Bahnmeister abgeordneten Kollegen restlos wieder ihren alten Betrieben zugeführt werden.

Um ein bestehendes Mißverhältnis zwischen Arbeitsanfall und Arbeitsleistung zu beseitigen, fordern die Betriebs- und Beamtenträte des Einheitsverbandes als berufene Vertreter der Kollegenschaft die sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit im gesamten Reichsbahnbetrieb auf acht Stunden täglich. Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens darf nicht auf Kosten von Gesundheit und Leben des Personals ausgebaut werden. Es sind vielmehr alle unproduktiven Ausgaben, wie zum Beispiel für Bahnschuh, Sportvereine und Leistungszulagen sofort einzustellen.

Was weiß Moldenhauer?

Dunkle Andeutungen.

Der Reichsfinanzminister hat in seiner Rede im Ostfälischen Verein in Hamburg gesagt, er selbst habe die Überzeugung, daß die heutige Organisation der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nicht unwesentliche Fehler habe. Er glaube, daß ein organisatorischer Umbau notwendig sei.

Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Der Reichsfinanzminister wird gut daran tun, wenn er deutlich sagt, was er gemeint hat. Seine Andeutungen sind geeignet, von neuem große Unruhe unter die Arbeitnehmerschaft zu tragen. Die Arbeiterschaft darf verlangen, daß der Reichsfinanzminister schleunigst sagt, was er sich unter einem organisatorischen Umbau der Arbeitslosenversicherung vorstellt. Sein Angriff gegen die Arbeitslosenversicherung ohne genaue Begründung ist ein wenig erfreulicher Vorgang.

Der Hinweis des Reichsfinanzministers auf eine Prüfung der Reichsanstalt durch den Reichssportkommissar kann leicht so gedeutet werden, als ob eine besondere Untersuchungsaktion im Gange wäre. Davon ist keine Rede. Es handelt sich um eine normale Überprüfung der Verhältnisse, wie sie auch bei anderen Behörden stattfindet. Die Verwaltung der Reichsanstalt ist sehr rational aufgebaut, ihr Personalapparat überaus sparsam aufgezogen. Der Reichsfinanzminister sieht aber Möglichkeiten für Ersparnismaßnahmen. Dann muß er sie nennen. Es wäre, besonders für einen Finanzminister, unverantwortlich, mögliche Ersparnisse nicht zu machen. Nicht minder unverantwortlich aber wäre es, solche nur vorzutäuschen.

Vor der Wiederaufnahme von Hörig?

Befähigungsnachweis für Werker.

Nachdem die ausgeschlossenen und nicht ausgeschlossenen Kommunisten der Berliner Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher mit Mühe und Not und wenigen Stimmen Wehrheit wieder eine Ortsverwaltung beisammen und ihren Frieden mit der KPD. geschlossen haben, setzen sie sich aufs hohe Pferd. Sie schimpfen nach bolschewistischer Art.

Am 12. März erhielten wir telephonisch Bericht von der Generalsammlung. Infolge Raummangels erschien der Bericht erst am 15. März. Der Bericht war gelehrt, als wir einen Bericht von der Ortsverwaltung erhielten, in dem diese sich entsprechend beweihräucherle. Zugleich wurde in anmaßender Weise verlangt, den Bericht ohne jede Änderung zu veröffentlichen.

Wir teilten der Ortsverwaltung schriftlich den Sachverhalt mit und fügten hinzu, daß für Inhalt und Ausmachung der Zeitung die Redaktion allein zuständig und verantwortlich ist. Darauf ein zweites Schreiben, das die Unterschrift und den Beifug von Hörig trägt, in dem man uns der Mühe zeigt und auffordert, die Ortsverwaltung der Schuhmacher „ehrlich zu bekämpfen“. Man werde „angefichts dieses geradezu standeslosen Vorganges“ Berichte überhaupt nicht mehr und solche über Lohnbewegungen nur dann schicken, wenn wir nicht mehr „in solch unverantwortlicher Weise unseren Verband schädigen“.

Woraus Werker ersehen kann, daß Hörig und Genossen wirklich zu Unrecht aus der KPD. ausgeschlossen worden sind. Hörig und Genossen haben die traurigen Zustände innerhalb ihrer Organisation auf dem robusten Gewissen. Sie schimpfen nun auf andere. Was will man mehr in der KPD.?

Geschleierter Verhandlung im Bergbau

Essen, 17. März.

Zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden haben heute Verhandlungen über die von den Verbänden geforderte Arbeitsordnung stattgefunden. Die beiderseits vorgelegten Änderungsanträge wurden eingehend durchgesprochen, ohne daß, abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Fragen, eine Einigung erzielt wurde. Die Verhandlungen werden demnächst vor dem Schlichter fortgesetzt.

SPD.-Metallarbeiter!

Freitag, 19. März, in den Sophienkassen, Sophienstr. 17-18, 7. U. 12.00 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht über die Generalsammlung. 2. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 3. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 4. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 5. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 6. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 7. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 8. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 9. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ. 10. Bericht über die Verhandlungen mit dem BBRJ.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Ingenieurkassen: Karten für die Jugendbewegung am 2. April im Theater am Bülowplatz zum Preis von 50 Pf. sind in der Jugendzentrale zu haben. Zur Durchführung des Kartenspiels sind Karten zu kaufen. Die Karten sind zu kaufen bei: 1. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 2. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 3. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 4. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 5. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 6. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 7. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 8. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 9. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr. 10. Bismarckstr. 10, 1. Stock, 10.00 Uhr.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anzeiger

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: 1. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 2. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 3. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 4. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 5. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 6. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 7. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 8. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 9. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. 10. Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“.

Entlassungen und kein Ende.

60 000 Ruhrbergarbeiter vom Abbau bedroht.

Die Pest der Arbeitslosigkeit hat jetzt auch den Bergbau, der noch im vorigen Jahr eine Hochkonjunktur erlebte, und gut verdienen, gepackt. Im Vorjahr noch eine Mehrereinstellung von 17 000 Bergarbeitern im Ruhrbergbau; dieses Jahr bereits anfangs Januar ein Auftragsmangel, der bald seinen Ausdruck in Friereschichten fand. Im Februar dienten auf manchen Zechen von den 24 Arbeitstagen nur noch 17 zur Förderung, und in der Zeit vom 6. bis 12. März sind im Bereich des Bundesarbeitsamts Dortmund nicht weniger als 340 051 (arbeitsmäßig 56 675) Friereschichten gegenüber 222 447 (37 075) in der Vormonatsperiode eingelegt worden. Die Förderung ist entsprechend zurückgegangen. Die Bergarbeiter haben einen großen Lohnausfall zu verzeichnen.

Zu den Friereschichten treten die Betriebseinschränkungen. Den Anfang machte in diesem Jahr die Zeche „Friedrich der Große“. Sie beantragte die Entlassung von 500 Arbeitern. Ihr folgte die „Germania“ mit 700 und die „Gute-Hoffnungshütte“ mit 2000, die Zeche „Westfalen“ mit 345 und „Reumühl“ mit 400 Entlassungen, zu denen im Laufe des Monats noch 200 hinzukommen. Damit ist die Liste noch nicht erschöpft: noch bei einer ganzen Reihe von Zechen sind Stilllegungen und Einschränkungen angemeldet. Das Bundesarbeitsamt hat für Mitte März eine Entlassung von rund 10 000 Arbeitern im Ruhrbergbau berechnet. Die Perspektiven für die Bergarbeiter sind also reichlich unerschmeichlich, und der Bergbauindustriearbeiterverband ist der Auffassung, daß in diesem Jahr mit der

Die Unternehmer stellen sich dagegen kaum. Auch das Anerbieten, durch mehr oder besser verteilte Friereschichten die drohenden Entlassungen zu verhindern, fand bei ihnen keinen Beifall. Im Gegenteil: die Zechenverbandsvertreter verleumdete noch die Bergarbeiter. Sie erklärten, die Arbeiter wollten lieber der Erwerbslosenfürsorge überlassen werden als arbeiten!

Wie brutal die Unternehmer vorgehen, wurde besonders drastisch bei den Stillelegungsverhandlungen für die Zeche „Germania“ (Bereinigtes Stahlwerk) offenbar. 700 Mann sollten entlassen werden. Der Wunsch der Arbeiter, die 700 Mann auf die 40 Zechen der Stahlwerke zu verteilen, wurde glatt abgelehnt. Die Direktion hatte sogar die Stillschließung zu beantragen, die Sperrfrist um 5 Tage zu kürzen. Das lehnte der Regierungsvorsteher ab. Daraus erwiderte der Reichsbevollmächtigte der Direktion, die Entlassungen würden jetzt

ohne Rücksicht auf die Kündigungsvorschriften

erfolgen. Die gleiche Rücksichtslosigkeit in der Mißtrauenspolitik zeigte sich auch bei der Zeche „Friedrich der Große“; dort hatte man „vorsorglich“ den krankheitsleidenden Arbeitern — 96 an der Zahl — gekündigt. Das ist ein Verbrechen, das heute bei allen Zechen sehr beliebt ist.

Das Bild der Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau wäre nicht vollständig, wenn nicht neben der Unternehmervöllerei die Charakterlosigkeit der Kommunisten stünde. Bei den Stillelegungsverhandlungen für die Zeche „Reumühl“ wollte der Direktor für die später erst fällige Entlassung von 200 Mann keine eigenen Verhandlungen mehr angeht haben. Die Gewerkschaften waren gegen diese Forderung; denn schließlich handelt es sich bei den Entlassungen immer noch um Menschen und nicht um Dred, den man einfach beiseite kehrt. Was geschah aber? Die Vertreter der „revolutionären Opposition“ stimmten dem Vorschlag des Direktors zu. Der Kommunismus Arm in Arm mit den Grubenbaronen!

Soweit die Erklärung unserer Genossen. Jedermann weiß, daß dieser Bloch keine Ausnahme in der KPD. ist. Wir erinnern nur aus allerjüngster Zeit an den Kronzeugen von Siemens, den kommunistischen Arbeiterterror Fischer, der seine Kollegen bespitzelte und denunzierte und von der KPD. zunächst auch als Spitzenkandidat bestimmt worden ist. Wo sollte die KPD. auch noch ehrliche und aufrechte Arbeiter finden zu dem Bündnis mit den Gelben gegen die Organisation? Der Leiter dieser Arbeit ist ein ehemaliger Gelber. Wie der Herr ...

Eisenbahner gegen die Spalter.

Für Einführung des Achtstundentages.

Am Freitag tagte die Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenträte des Bezirks Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die am 14. März 1930 tagende Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenträte der Ortsgruppe Berlin des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands erklärt sich mit den vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erlassenen Richtlinien für die Betriebsräte wählen einverstanden. Die Betriebs- und Beamtenträte sind sich des Wertes und der Notwendigkeit einer festgesetzten freien Gewerkschaft bewußt und lehnen es ab, für andere Listen als die des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu agieren. Im Interesse der so dringend notwendigen Einheit der Arbeiterklasse sagen sie den oppositionellen Spaltern sowie allen anderen Gegnern unserer Organisation den schärfsten Kampf an. Die Betriebs- und Beamtenträte fordern alle Eisenbahner auf, im kommenden Kampf

nur für die Listen des Einheitsverbandes

der Eisenbahner Deutschlands zu werben und zu stimmen, weil diese Organisation allein bisher bewiesen hat, daß die Interessen aller Reichsbahnbediensteten von ihr tatkräftig vertreten werden.“

Alsdann erläuterte Nieß, Vorsitzender des Bezirksbetriebsrates, die Vorschriften für die Betriebsrätewahl aus der Betriebsräteverordnung. Im Anschluß daran berichtete er über die Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion wegen des geplanten Abbaus von 800 Köpfen. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es, fast alle Befähigten an anderen Plätzen unterzubringen und die darauf zielenden Verfügungen zu erwirken.

Von besonderer Bedeutung ist die Verfügung über das Absetzen der durch die Betriebsverhältnisse notwendig gewordenen

Spigel als Spitzenkandidat.

Wen die KPD. zu Arbeitervertretern bestimmt.

In der KPD. ist die Politik des Lockspiegeltrumpfs. Geradezu bei den Haaren werden sinnlose und zwecklose Zusammenstöße mit Andersdenkenden oder mit der Polizei herbeigeführt. Dolchmesser und Schlagring, persönliche Verleumdung und gemeinliche Beschimpfung, das sind die echten Lockspiegeltrumpfe, deren sich die KPD. mit Vorliebe bedient.

Es ist daher nur zu natürlich, daß die Kommunisten den Gegner zunächst als Spigel beschimpfen. Darauf verfällt man in dieser angeblichen Arbeiterpartei zuerst. So wurden die freigeberischen Kandidaten zur Betriebsratswahl in der Schweiß-Bräuererei, Abteilung Stromstraße, in dem Organ der Sowjetbotschaft als „Spigel“ und „Nazimänner“ beschimpft. Dagegen wenden sich die also Beschimpften mit einer Erklärung, in der es heißt:

„Wo die Spigel wirklich sitzen, weiß man in der KPD. ganz genau. Dort kennt man die sogenannten roten Kandidaten. Zum Beweis wollen wir mal einen Kandidaten der kommunistischen Liste schildern.“

Erich Bloch ist sein Name. Wir verweisen auf die im „Vorwärts“, Jahrgang 43 Nr. 185, vom Dienstag, dem 3. August 1926 gemachten Angaben. In dieser „Vorwärts“-Nummer wird aus dem Geheimbuch der KPD. über „falsche und echte Spigel“ berichtet. Hören wir, was das Geheimbuch über den jetzt als Spitzenkandidaten der kommunistischen Betriebsratsliste aufgestellten Erich Bloch zu sagen weiß:

„Bloch, Erich, Berlin, Kopenstr. 37, Anfang 1924 als Spigel einwärtsreisender. War Mitglied der Partei. Verursachte zahlreiche Verhaftungen im Verwaltungsbezirk Berlin.“

Das, was damals die KPD. über den Betroffenen sagte, trifft auch heute noch zu. Soweit wir unterrichtet sind, bespitzelt er auch heute noch seine Parteigenossen. Alles, was in den Versammlungen von den einzelnen Rednern der Opposition gesprochen wird, teilt er der Direktion der Bräuererei heimlich mit. Trotz der im Jahre 1926 gedruckten Veröffentlichung ist Bloch noch heute Mitglied der KPD.

Wir glauben hiermit der Deffenlichkeit den Beweis erbracht zu haben, wo die von der „Roten Fahne“ genannten Spigel zu finden sind. Wenn es gewünscht wird, sind wir auch weiter gern bereit, noch einiges über die anderen Kandidaten der sogenannten Opposition der Deffenlichkeit bekanntzugeben.“

Ein Lehrerrevolutionär Eine Märzerinnerung von Dr. K. Müller, Potsdam

Die Berliner Lehrerschaft hat an der Märzbewegung durch eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder teilgenommen, die entweder unmittelbar als Barrikadenkämpfer oder als Angehörige der Parteien teilnahmen. Unter den Barrikadenkämpfern zeichnete sich besonders ein Lehrer aus, der sich noch in der Ausbildung auf dem Berliner Lehrerseminar befand, Theodor Hiescher, der dann auch später noch die Polizei ausreichend beschäftigte.

Hiescher stammte aus Schlesien und zwar aus einem frommen Hause, hatte aber in den nördlichen Bezirken seiner Heimatprovinz das Elend der niederen Volksschichten zur Genüge kennen gelernt und auch am eigenen Leibe erfahren. Wenn er aber dieser in der Berliner Bürgerwehr führende Mann wurde, der er tatsächlich war, dann geht das auf Umstände zurück, die unmittelbar auf ihn einwirkten.

Im Seminar hatte man ihm, der bereits im sechsundzwanzigsten Lebensjahre stand, geraten, sich an der Bürgerwehr zu beteiligen. Diesem Vorschlag wies er selbst jedoch im ersten Rat ab. Er hatte die Hoffnung, daß er damit dem angehenden Revolutionär den Steigbügel hielt, er hätte es gewiß nicht getan.

Hiescher scheint sehr schnell in der Bürgerwehrkompanie zu Ehren und Einfluß gekommen zu sein. Denn er tritt bald als Befehlshaber der 300 Mann aus dem "Vogelkond" auf, wie der Bezirk Norden damals hieß. Ihr Führer ist er auch in den kritischen Märztagen, und er nimmt ihnen das Gelübnis ab, daß sie sich keine Bländereien zuschulden kommen lassen sollten, wenn sie in Aktion treten müßten. Sie alle haben dieses Versprechen gehalten, wie er später berichtet.

Seine Pläne hatte sich Hiescher zum Gebrauch für Spielzeug umzuwandeln lassen, wie der Polizeipräsident hinterher in den Akten jählich bemerkte. In späteren Briefen gedenkt Hiescher immer getreulich der neben ihm auf der Barrikade gefallenen Freunde. Und wenn er später z. B. in Hamburg, am 18. März, für sich allein ist, weist er ihnen ein stilles Gedenken, indem er sie alle bei Namen ruft.

Wie war dieser junge Mann, der ursprünglich Bädergehilfe gewesen war, in dieses Bahndarsteller gekommen? Auf seiner Wanderschaft hatte er im Berliner Missionshaus vorgesprochen, weil er wie sein Bruder Missionar werden wollte. Man fragte ihn hier, ob er "genügend gerüstet" und "bereits wiedergeboren" sei. Das erfüllte ihn mit solchem Stolz, daß er sich jäh abwandte und weiter wanderte. Auf der Heimkehr aus Süd- und Westdeutschland gelang es ihm dann wegen seiner starken Begabung bei Woll Diesterweg im Berliner Lehrerseminar Aufnahme zu finden.

Die brutale Abfertigung dieses hervorragenden Pädagogen "war wohl geeignet", schreibt Hiescher, "aus mir einen Radikalen zu machen". Hiescher scheint dann seine Seminargeossen aufgewiegelt zu haben. Aber es geschah ihnen weiter nichts. Als jedoch die Nachricht aus Oberschlesien kam, daß dort die Hungerpöbel unter den Weibern ausgebrochen sei, erbietet sich Hiescher aus tiefster Ueberzeugung, den dort narkotisierten Kindern zu helfen. In einer Audienz fragt ihn Minister Bodelschwingh: "Haben Sie denn hier kein Unterkommen, daß Sie dorthin wollen?" Diese Beulstätt machte Hiescher zum Revolutionär; am Tage darauf stand er in der neuen Königstraße auf der Barrikade.

Und am 19. März gefeierte er den Zug der Gefallenen in den Schloßhof; als hier der König Friedrich Wilhelm IV. den Toten seine Ehrerbietung erweisen wollte, war es Hiescher, der ihm zurief: "Hut ab vor den Toten!"

Er selbst bekennt sich in einem Briefe aus dem Jahre 1849, an seinen Bruder gerichtet, zu diesem Ruße, von dem man bisher nicht wußte, wer ihn ausgestoßen hatte. Durch Zufall bin ich in seinen Besitz gelangt.

Zwar wurde Hiescher am 20. März wieder ins Seminar aufgenommen, weil der Direktor Wergit die Zeitumstände fürchte, aber er quartierte den jungen Revolutionär aus, damit er nicht noch die übrigen Seminartisten anstecke.

Hiescher aber blieb seiner Bestimmung treu. In mehreren Plakaten mit seiner vollen Namensunterschrift wendete er sich an seine

Mitsbürger. Da rief er sie auf zum Kampfe gegen die Reaktionäre, die in Wien die Oberherrschaft gewonnen hatten. In einem anderen mit der Ueberschrift "Die Wittenberger Pfaffenkonferenz" ging er gegen die Pfaffen los, die sich in Wittenberg gegen die neue Freiheit verschworen hatten. In diesem Plakat stand das Wort: "Die Pfaffenherrschaft ist der permanente Belagerungszustand der Vernunft!" Den Geflüchten galt überhaupt sein größter Haß, ebenso wie der Bürokratie und den Fürsten.

Friedrich Wilhelm IV. nicht am 19. März erschossen zu haben, bedauerte er in späteren Jahren immer wieder. Denn er war überzeugt, daß dieser Mann allein am ganzen Unglück Preußens schuld sei und sein Land unter die Herrschaft der Russen und Jesuiten bringen wolle. Im März 1848 habe man geglaubt, der Kronprinz, der spätere König Wilhelm I., sei an allem schuld, jetzt aber wisse man, daß es vielmehr der König selbst gewesen sei.

Natürlich blieb dieses hervorragende Hieschers der Behörde nicht unbekannt. Das Provinzialschulkollegium erhielt auch Anzeigen des bereits genannten Schulvorsetzers Diederich und des Hauptlehrers Schufft, die darauf verwiesen, daß Hiescher nicht das Lehrerzeugnis ausgehändigt werden dürfe, weil er nicht würdig sei, Lehrer zu werden. Die beiden Ehrenmänner zeigten seine revolutionäre Tätigkeit an, Schufft teilte auch mit, er habe bei Hieschers Abgang aus der Schule in der Friedrichshöhe, wo er als Hilfslehrer arbeitete, auf dem Klassenschrank ein verschärftes Paket gefunden, in dem sich ein Totenkopf und Gewehrpatronen befunden hätten.

Minister Bodelschwingh, der nach vielen Untersuchungen die Entscheidung selbst an sich genommen hatte, erklärte zwar, daß den Lehrern, die außerhalb der Schule sich an der politischen Bewegung beteiligt hätten, dies amtlich nicht zugerechnet werden sollte, aber Hiescher bekam doch auf seinem Lehrerzeugnis, das sonst sehr gut ausgefallen war, den Vermerk, daß er sich bemühen müsse, seine sehr unklaren politischen Ansichten zu verbessern und sein ausgelegtes Wesen abzulegen.

Hiescher hatte auch ein politisches Gedicht veröffentlicht, in dem sich sein ganzer abgrundtiefer Haß gegen alles, was Fürstentum hieß, und die feste Hoffnung aussprach, daß endlich die Zeit des Volksstaates angebrochen sei. Es kam freilich ganz anders.

Aber Hiescher selbst hatte keine Ruhe. Er war mit den Zeitläuften nicht zufrieden und mißlegte in Grünberg in Schlesien, wohin er als Lehrer berufen wurde, die Handwerker und Bauern gegen das herrschende System auf. Die Polizei zwang den Schulvorsetzer Rode, bei dem er arbeitete, ihn zu entlassen; aber auch in Hamburg, wohin er sich wendete, ließ sie bei ihm durch die Hamburger Polizei Hausdurchsuchung vornehmen und ihm nahe legen, nicht nach Preußen zurückzukehren, falls er ausgewiesen würde. Das geschah zwar nicht, aber Hiescher war der Boden dem man doch zu heiß geworden. Er hatte in Hamburg die Lehrerschaft zu starker Betonung ihrer Rechte und besserer Erziehung aufgehetzt, hatte auch auf dem Lehrertag in Hannover warnend auf die Schulreaktion, die sich in Preußen ankündete, hingewiesen, war dann aber im Jahre 1851, durch gute Freunde unterstützt, nach Amerika ausgewandert. Hinselnde hatte auf diese Nachricht hin in den Akten den Vermerk gemacht: "Wenn diese Vorleser sehen, daß sie in Amerika auch arbeiten müssen, lehren sie zurück." Diesen Polizeigewaltigen beherrschte die Ansicht, daß die Ungewissheit der Revolutionäre nur aus Arbeitslosigkeitsgründen erklärt, nicht aber aus den unerträglichen politischen Zuständen.

Spätere Privatbriefe Hieschers, die mir zugänglich wurden, zeigen, wie schwer er in Amerika ringen mußte, bis er sich durchgesetzt hatte. Er war schließlich Redakteur einer Zeitung in Indianapolis (Texas), lebte in sehr guten Verhältnissen, und verfolgte die Vorgänge in seiner deutschen Heimat mit aufmerksamem Auge, ein Artikel, der sich betitelt "Wilhelm der Glatze" und sich auf Wilhelm II. bezog, zeigt das sehr deutlich. Bis an sein Lebensende scheint Hiescher derselbe freiheitssehnsüchtige Mann geblieben zu sein, als der er den deutschen Boden verlassen hat.

Er scheint in den neunziger Jahren gestorben zu sein.

Die Kinder spielen oft mit Trommeln und Trompeten. Dann und wann klemmen sie ein Hölzchen zwischen die Zähne, knüpfen einen Bindfaden daran und spielen Pferdchen. Sie klappern auf die Bäume, laufen durch den Staub, wälzen sich im Gras und schlagen auf der Wiese Purzelbäume. Sie spielen, weil in ihrer Seele ein Vogel tanzt und lacht: die Jugend!

Auch der Blaurock war wie die Jugend, die in den Kinderfesten lacht, wie der Vogel, der in den Herzen singt.

Die Frauen und die Männer schauten: Was macht denn dieser seltsame Blaurock? Wie lebt er? Wie arbeitet er? Er pfeift bloß, klappert lustig von Ort zu Ort und ist glücklich und froh.

Da standen, da mühten sich diese Bauern ohne Ende in niedrigen Ställen, hinter den kleinen Fenstern, auf den Höfen beim Holzfällen oder auf der Tenne, diesen Bergnütungsorien ihrer engen Kerkel; oder sie träumten am Eingang ihrer Tore und ihre Weichen Geschlechter sahen dem Verhängnis entgegen, das ihnen aus der Ferne bläb entgegenleuchtete. In ihren Herzen war längst nichts Neues mehr und das Bewußtsein, daß sie zum Elend verdammt waren, nistete verderbend in ihren Knochen.

Sie standen und lobten dem Blaurock zu, was er macht, wie er hin- und herklappert, wie er pfeift und wie er lustig ist.

Ihr Auge entzündete sich daran, Tropfen frischen Blutes durchstauten ihr Herz und dadurch entstand in ihrer Seele neue Freude. Um die Lippen und Augen der Männer loderte eine bisher unbekannte Heiterkeit auf und die Frauen hätten gern noch einmal Kinder zur Welt gebracht.

Schon lange hatte es keinen solchen Maitregen gegeben, der die Feeder so erfrischt hätte, wie dieser Blaurock die Herzen zum Aufblühen brachte. Als wäre jemand am jungen Osterlag mit taufrühendem Frühlingsglanz in der Hand von Haus zu Haus das Dorf entlang gelaufen und hätte die Seelen bespriht.

"Wer bist du?" fragten ihn die Frauen mit großen erstaunten Augen und in ihnen erzitterte die Tiefe ihres Lebens.

"Wer bist du?" fragten die Männer und in ihren Seelen leuchtete frohe Bewunderung auf.

Sie hätten gern gemußt, woher der Blaurock solches Jugend, leichtem Glauben und selbige Eintracht mit sich selbst besaß.

Und sie hörten alle, wie er sagte:

"Was soll ich sein? Ein Mechaniker wie alle anderen."

"Aber welchen Stommes, welchen Glaubens?"

"Ich bin Sozialist!" sagte er einfach.

Sie standen dort, in ihren Toren, und hörten wie er sagte:

"Ich bin Sozialist!"

Ihre Augen, ihre weitgeöffneten Seelen blieben an ihm haften:

"Was?" fragten sie ihn.

"Ja, was denn?" antwortete er einfach. "Sozialist."

Sein Wort drang in ihre Herzen, aber sie fürchteten sich nicht, sie fühlten eher Erlösung durch ihre Glieder riechen. Ein mächtiger Frühlingssturm brach die Schollen in ihren Seelen. Sie wußten nicht, was mit ihnen geschehen war. Aber noch nie hatten sie sich einen verführenden, mächtigen Glockengeläute vernommen.

Der entschwindende Polarstern

Der Polarstern hat lange als ein Sinnbild der Unwandelbarkeit gegolten, und die Seefahrer haben durch viele Jahrhunderte sich nach diesem Zeichen am Himmel auf ihren Fahrten durch die pablose Wüste des Meeres gerichtet. Es war ein merkwürdiges Zusammenreffen, daß der Polarstern in diesen Zeiten der ersten großen Seereisen dem Weltpol gerade so nahe war, daß er als wirksamer Führer dienen konnte, denn mit dem Glauben an die unverrückte Festigkeit dieses Sterns ist es ebenso schlecht bestellt wie mit manchen andern astronomischen Vorstellungen der Vergangenheit. Für uns Erdbewohner gibt es tatsächlich keinen festen Stern in der Nähe des himmlischen Nordpols, sondern infolge der Achsenveränderung bei der Erdumkehrung werden in einem Zeitraum von ungefähr 26 000 Jahren die im Umkreis des Pols gelegenen Sterne alle einmal Polarstern. Gegenwärtig genießt ein Stern zweiter Größe im Kleinen Bären, Cynosura Polaris, diese Auszeichnung. Aber die Astronomen können das Ende seiner Herrschaft ziemlich genau voraussagen. Im Jahre 2102, also genau in 172 Jahren, wird der jetzige Polarstern dem Pol am nächsten sein; sein Abstand beträgt dann weniger als die Hälfte eines Grades, genau nur noch 28 Minuten, und von diesem Augenblick an entfernt er sich immer mehr vom Pol und wird nach wenigen Jahren so weit entfernt sein, daß er kein Polarstern mehr ist. Diese Rolle wird von einem andern Stern übernommen, und man kann schon voraussagen, daß um 14 000 nach Christi der Stern Wega in der Leier den künftigen Erdbewohnern als Polarstern erscheinen wird. Einen südlichen Polarstern gibt es nicht, da auf der südlichen Halbkugel kein hellerer Stern in der Nähe des Poles steht.

Wetter-Riechen

Der amerikanische Meteorologe Dr. W. J. Humphreys spricht in einem neuen erschienenen Buch über "Bauernregeln" auch über den Glauben, daß manche Leute "das Wetter riechen" können. Er erklärt diese Anschauung, die in den alten Sprichwörtern guttate tritt, auf natürliche Weise. "Verwesende Stoffe in Teichen, Gräben und Sümpfen," schreibt er, "erzeugen saulige Gase, die sich in Blasen unter dem Schlamm sammeln. Wenn nun ein Sturm bevorsteht, dann äußert sich dies zunächst in einer beträchtlichen Abnahme des Luftdrucks. Dadurch wird der Druck auf die Gasblasen verringert, diese dehnen sich aus, zerbersten, und die Gase treten an die Oberfläche, so daß auf weite Strecken hin ein sauliger Geruch zu spüren ist. Man kann also auf diese Weise das Ausbreiten von Unwettern vorher riechen". Ein Mann, der in Jersey City lebt, war im Stande, mit Hilfe seiner Nase und seiner Ohren das Wetter voraussagen, ohne aus dem Bett aufzustehen. Nordwestliche Winde bringen Tabakrauch aus einer Tabakfabrik," erklärte er, "und das deutet auf Regen oder Schnee. Die Pfeifen der Dampfer auf dem Hudson sind nur beim Westwind hörbar, der schlechtes Wetter bringt. Der Südostwind bringt mir den Geruch einer Seife- und Parfümfabrik, und auf diesen folgt häufig Nebel. Die Lokomotivpfeifen der Eisenbahn sind nur hörbar, wenn ein sanfter Südwind herrscht. Der Geruch der Erde deutet auf Südwestwind und mildes Wetter. Die deutlich hörbaren Zeichen zweier anderer Eisenbahnlinien zeigen stets einen kalten Nordwind an." Humphreys hat noch zahlreiche andere Beispiele dafür gesammelt, wie erfahrene Kenner aus den Geruchseindrücken auf die Windrichtung und andere Einflüsse schließen können, aus denen eine Vorhersage des Wetters möglich ist.

Ludwig Barla: Der Blaurock

Woher kommen die Landstrachen? Die scheinen der Unendlichkeit zu entspringen, durchbrechen Gebirge, überbrücken Gewässer, ziehen Länder entlang. Weiße Bänder... Perfinglich hat die Mühe der Völker Dörfer und Städte auf diese Bänder gebüht.

Stets kommen und gehen Wanderer auf der Landstraße. Wagen rasseln darüber hin, Hufschlag pocht an ihre Steine, Herden stampfen durch ihren Staub, himmlische Bagabunden streichen über ihre weißen Pfade. Der Wind treibt ihren Staub zu Haus, Regenschauer waschen ihr den Rücken. Die Straße der Völker trägt ihr Schicksal in Erhebung.

Der landlose Bauer lebte und starb auf den Ackerhöfen an den Ufern der Landstraße und wußte nicht, was der unsahbare Schmerz war, der ihm das Herz zerriß. Er trachtete in seinem engen Käfig, den ihm der riesige Grundbesitz der Herren gelassen hatte, auf einem Fied im Kreis umher und Generationen seiner Söhne und Töchter fegten ohne Trost dahin.

Als das erklingende Wort aus den Quaken der Jahrhunderte und dem Elend der Völker geboren ward, machte es sich auf den Weg, um die Welt zu erobern und das Leid der Unterdrückten zu überwinden.

Von den fernen Feldern Europas, von seinen Weizenfeldern, aus den menschenzermalenden Fabriken, aus der unterirdischen Hölle der Bergwerke kam es auch in eine große Tiefenzone an der Donau. Aber die Bauern erkannten das Wort nicht. Seine rote Farbe schmerzte ihren an Hoffnungslosigkeit gewöhnten Augen, ihren Rücken überzettelte der Schauer vieljähriger Leidenhaftigkeit. Sie schlossen ängstlich die Tore und schrien jedem, der ihnen die Nachricht brachte, daß das erklingende Wort die Welt durchwandere, hinter ihren Heden zu:

"Ein Sozialist! Hängt ihn auf!"

Aber das Wort zog weiter auf den Landstrachen, auf Bahnen, Schiffen und Flößen, durch die unsichtbaren Gewebe der Luft.

Und eines Tages kam ein Blaurock in ein Dorf. Die unendliche Landstrolche hatte ihn gebracht. Der Mann war jung, gegen dreißig Jahre, hatte aufrechten Gang, ein reines Antlitz, blaue Augen und einen streifigen blonden Schnurrbart; er war ein wenig übermäßig, aber heiter und leichtem Herzens.

Er trug einen kleinen Kasten mit sich, darin sein Alles: Zange, Hammer, Schraubenzieher, Dellekammer. Denn der Blaurock war ein Mechaniker.

Das große Einkehrwirtschhaus steht an der Landstraße. Er trat in den Schank und sagte:

"Was glauben Sie, Herr Wirt, gibt es hier viele Maschinen auszubessern?"

"Maschinen gibt's genug", erwiderte der Wirt.

Und der Blaurock begann zu pfeifen, weil es ihm sein Herz so sagte. Denn er war frohgelant wie die Berge, leichtfüßig wie das Reh und pfiff immer, wenn in seiner Seele süßer Friede herrschte.

Eine Zigarre im Mund, das Hütel schief auf dem Kopf, so geht er auf die Bauernhöfe und ruft:

"Gib's da Maschinen zu reparieren? Rähmaschinen, Drechmaschinen, Häckselmaschinen?"

Und er geht durch die Tore, wo eine Maschine krank ist, heißt sie; geht dann hinaus durchs Tor und bei dem anderen hinein. So zieht er Hof aus Hof ein. Die Sonne scheint, es ist ein herrlicher Frühlingstag, und wo seine frohe, leichte Laune pfeifend vorüberzieht, küßt die Sonne ihre Spuren. Das ganze weite, verstaubte Dorf läßt auf: denn von Tor zu Tor zieht der selbige Friede durchs Dorf...

